

Die Reichsregierung darf dieses Schandregiment keinen Tag länger dulden, das ein Hohn auf die Reichsverfassung ist. Auch der Ausnahmezustand in Ostpreußen und in Halle-Merseburg muß aufgehoben werden. Er dient gleichfalls nur zur Stärkung der Reaktion.

Die achtzehnjährige Kasperlinselle oder deren Mann kostet 1.- M. einschließlich Transportgebühren. Kleiner Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,30 M. einschließlich Transportgebühren. Laufende Anzeigen laut Tarif. Gemischten-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wom-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,30 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen das reaktionäre Mordregiment!

Proletarier Deutschlands!

Seit zweieinhalb Jahren ist der Meuchelmord von monarchistischen Militaristen und Kapitalisten, den Ludendorffs und Helfferichs der Konterrevolution, zum politischen System erhoben worden. Ihre ersten Opfer waren Liebknecht, Luxemburg und Eisner. Die Erschießung des unabhängigen bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis schloß bisher die lange Reihe der von ihnen angestifteten Mordtaten.

Der politische Meuchelmord an Erzberger

Ein neues Glied in dieser Kette reaktionärer Verbrechen. Erzberger hatte sich den glühenden Haß der Militaristen und Kapitalisten besonders zugezogen, weil er den von Ludendorff selber kategorisch geforderten Waffenstillstand unterschrieben und dann als Reichsfinanzminister eine Besteuerung der Besitzenden zur Deckung der Kriegsschulden durchzuführen versucht hat.

Helfferich, der deutschnationale Schutzpatron aller Kriegsgewinnler und Steuerhinterzieher, hat deshalb unter eifriger Mithilfe der reaktionären Bureaucratie und Justiz eine wüste persönliche Heße gegen Erzberger entfesselt, die bereits im Vorjahre ein Revolverattentat auf den Geschmähten und sein zeitweiliges Juridiktieren aus dem öffentlichen Leben zur Folge hatte.

Aus Anlaß des bevorstehenden Wiedereintritts Erzbergers in die Politik ist in den letzten Wochen die Heße aufs neue entfacht worden.

Das Zentrum der militaristisch-kapitalistischen Reaktion, das Bayern der Kappregierung Kahr, war auch das Zentrum der Erzbergerheße

Diese Kahrregierung, die beim Kapp-Putsch durch eine alldeutsche Militärligue unter Ludendorff unter dem Druck der Maschinengewehre eingesetzt worden ist, hat seitdem mit den Mitteln des Ausnahmezustandes ein unerhörtes Terrorssystem gegen das sozialistische Proletariat errichtet und gleichzeitig der wildesten alldeutsch-militaristisch-kapitalistischen Heße in der Presse und in Versammlungen offen Vorschub geleistet.

Die Regierung Kahr, die angeblich den Ausnahmezustand handhabt „zum Schutze der Ordnung und der Staatsautorität“ und unter diesem Vorwand die unabhängige Presse brutal unterdrückt, duldet die wütesten Beschimpfungen der höchsten Organe des Reichs durch ihr Leiborgan, den „Miesbacher Anzeiger“ und die übrige alldeutsch-verfälschte Presse. Ja, sie begünstigt sogar direkte Aufforderungen zur gewaltsamen Beseitigung ihrer mißliebigen Politiker. So sieht in Wahrheit der „Schutz der Staatsautorität“ durch die Regierung Kahr unter dem Ausnahmezustande aus. Den Mord an Erzberger hat der „Miesbacher Anzeiger“, das Blatt der Kahrregierung, direkt angestiftet durch einen Leitartikel, der am 17. August, also neun Tage vor der Tat, unter dem bezeichnenden Titel „Wirth und Lump“ veröffentlicht worden ist. Dieser wüste Schimpfsartikel fordert offen zur Beseitigung des Reichskanzlers und des Abgeordneten Erzberger auf!

Die Anstifter des Mordes sind damit entlarvt!

Es sind die deutschnationalen Hintermänner der bayerischen Regierung. Unter dem Schutze des Ausnahmezustandes ist der Mord propagiert, ist jeder Protest der unabhängigen Presse gegen diese schamlose Heße vereitelt worden. Diese Tatsachen zeigen erneut, welchen Zwecken die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern dient.

Der bayerische Ausnahmezustand muß fallen!

Berlin, den 28. August 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der erste Schritt

Die Einheitsfront der Arbeit

Die wirtschaftlichen Verbände, sowie die beiden sozialistischen Parteien werden eine Abordnung zum Reichskanzler senden, um einen Druck auf die Regierung auszuüben, endlich durchgreifende Maßnahmen gegen die immer stärker auftretende Reaktion zu unternehmen.

Die wenigen Zeilen, die wir unseren Ausführungen voranstellen, sind inhaltschwer. Sie verkünden, daß die Einheitsfront der Arbeitenden sich bildet. Wir hoffen, daß diese Front nicht nur die sozialistische Arbeiterschaft umfassen, sondern die Arbeiterklasse als Ganzes, auf daß, wie in den Kapptagen, die große und gewaltige Macht der Arbeiter, Angehörigen und Beamten, das ganze westliche und schaffende Volk geschlossen und einig da steht.

Wir haben bereits die wichtigsten Forderungen, die der Kampf gegen die Reaktion heißt, genannt, und in dem Auf-

ruf unseres Zentralkomitees sind die nächsten Schritte gezeichnet, die zur Ueberwindung der Reaktion getan werden müssen. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß auch der „Vorwärts“ Forderungen aufstellt, die mit den unseren weitgehend übereinstimmen. Er schreibt:

Wie wenden uns zunächst an die Regierung. Sie muß alle jene Erscheinungen beseitigen, die das Wachstum jener reaktionären Fronten und Cliquen begünstigen. Der Belagerungsstand in Ostpreußen muß aufgehoben werden, die bayerische Regierung muß gezwungen werden, nach zweijähriger Dauer des Belagerungsstandes endlich zu den Methoden einer normalen und geselligen Regierungsweise zurückzukehren. Einzelschritten werden muß gegen jene Paraden, Kontrollversammlungen und Regimentsappelle, die uns mit tödlicher Sicherheit neue Repressionsmaßnahmen der Entente auf den Hals legen, wenn man sie fortwähren läßt. Um so mehr, als bei jenen Veranstaltungen immer und immer wieder die militaristischen Größen des alten gestürzten Systems an der Spitze stehen, als sie sich zu offenen Demonstrationen für Monarchie und Reparatorkrieg auswachen. Endlich muß an eine energische Reform jener Justiz geschritten werden, die im Kampf gegen alle strafbaren Exzesse der Reaktion blind verfährt.

Aber wir erkennen an, daß in der Demokratie die Möglichkeiten eines Einschreitens für die Regierung gering sind. Das Beste muß aus dem Volke selber kommen. Eine Welle der Verachtung und des Jornes muß das gesamte feige Mördergeschindel nebst seinem Anhang von der öffentlichen Bildfläche hinwegjagen. Wegen diese Schulte und ihren offenen und verkappten Anhang gibt es keinen inneren Frieden. Die Arbeiterschaft muß auf dem Posten sein. Jede Demonstration dieser Seite muß mit einer zehnfach größeren Gegen-demonstration beantwortet werden. Wie jene tagtäglich mit Hakenkreuz und Schwarz-weiß-rot demonstrieren, so wollen wir bei jeder Gelegenheit unser Bekenntnis zur Republik und Freiheit zur Schau tragen. Ihre provozierenden Gespräche in Straßenbahn und Eisenbahn sollen nicht schweigend angehört, sondern jeder einzelne soll den Mut haben, darauf die gebührende Antwort zu erteilen. Wir wollen bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringen, daß wir in dem Tragen eines Hakenkreuzes ein offenes Bekenntnis zum Mordbündentum sehen. Den Trägern solcher Abzeichen ist jene Nichtachtung zu betunden, die Begünstigern des feigen Meuchelmordes gebührt.

Wir zweifeln nicht daran, daß unser Ruf an die gesamte Arbeiterklasse mit größter Energie, alle Kraft an die Durch-

Die Reichsregierung darf dieses Schandregiment keinen Tag länger dulden, das ein Hohn auf die Reichsverfassung ist. Auch der Ausnahmezustand in Ostpreußen und in Halle-Merseburg muß aufgehoben werden. Er dient gleichfalls nur zur Stärkung der Reaktion.

Die fortgesetzten frechen Herausforderungen der Militaristen durch Tannenberg- und Sedanfeiern, Frontkämpfertage und Paraden mit schwarz-weiß-roten Fahnen, diesen ganzen reaktionären Spuk muß das Proletariat beseitigen. Überall, wo er sich zeigt, muß er durch

machtvolle Gegendemonstrationen des Proletariats

fortgelassen werden.

Den stärksten Rückhalt findet die Reaktion durch die alte Bureaucratie, die Führer der Reichswehr und die schamlose Klassenjustiz. Diesen Hauptstützen der Reaktion muß unser schärfster Kampf gelten! Nur wenn ihr Einfluß ausgeschaltet wird, ist eine Entgiftung der politischen Atmosphäre möglich. Wir fordern deshalb weiter:

1. Rücksichtsloses Vorgehen gegen die konterrevolutionären Mörderklippen, ihre Hintermänner, Geldgeber u. Helfershelfer! Freilassung der hinter Kerkermauern schmachtenden politischen Gefangenen!
2. Säuberung der Verwaltungskörper des Reichs und der Einzelstaaten von den reaktionären Elementen in der Bureaucratie.
3. Demokratische Organisation der Reichswehr und Entfernung der konterrevolutionären Militärs aus den leitenden Stellen.
4. Aufhebung der Unabsehbarkeit der Richter und Organisation der Rechtspflege auf der Grundlage der Richterwahl durch das Volk.

Das Proletariat muß mit allen Kräften immer wieder für diese Forderungen kämpfen, bis sie erfüllt sind.

Proletarier bedenkt: Die Mordregime und Anstifter der politischen Meuchelmorde sind dieselben junkerlichen und kapitalistischen Elemente, die den neuen Brotwucher, die fortgesetzten Preissteigerungen, die Verweigerung jeder Lohn- und Gehaltserhöhung, die Besteuerung des Massenkonsums und die Sabotage der Er-fassung der Goldwerte, der einzig wirksamen Bestbesteuerung, skrupellos betreiben, sind dieselben Elemente, die unter der Führung Ludendorffs und Helfferichs, der Massenschlächter des Weltkrieges, das eigene Volk abschlachten, seinen Widerstand gegen den Druck ihrer Ausbeutung im Blut erstickten lassen wollen.

Proletarier Deutschlands! Auf zum Kampf gegen diese Todfeinde eurer Klasse! Fort mit allem inneren Hader! Führt überall gemeinsam den Kampf gegen die Reaktion! Der gemeinsame Kampf schweißt Euch zusammen, leiht Euch die Riesenkräfte der einheitlichen Aktion, die Ihr zur Freude der militaristischen Meuchelmörder und kapitalistischen Steuerjacobine verloren hattet. Proletarier, zeigt Eure Kraft! Ihr seid unüberwindlich, wenn Ihr einig seid! Unter dem roten Banner des Sozialismus

trete an zur ersten Massenaktion am Mittwoch, den 31. August

gegen das System des konterrevolutionären Meuchelmordes, gegen kapitalistische Ausbeutung und Volksausplünderung!

Vorwärts in geschlossener Front gegen die Reaktion!

setzung des von unserer Partei aufgestellten unmittelbaren Aktionsprogramms zu sehen, mit Genugtuung, ja mit Begeisterung aufgenommen werden wird. Dem ersten Schritt werden und müssen weitere folgen. Die Kraft der Arbeiter darf sich nicht in verderblichem Bruderkampf länger zersplittern, diese Hoffnung der Reaktion muß zerschanden, diese Quelle ihrer Stärke verschüttet werden. Die Erfahrungen der Revolution müssen fruchtbar gemacht werden. Wir alle wissen, welcher Fehler es war, die Machtstellung der Deutschnationalen in der Verwaltung und in der Justiz solange zu schonen. Wir wissen, welche Gefahr es bedeutete, daß die Republik keine zuverlässige republikanische Führung ihrer Armees befristet. Wir wissen aber auch, daß um jede einzelne Position zäh und umfänglich gekämpft werden muß, weil wir einem erstarrten Gegner gegenüberstehen. Wir dürfen nicht glauben, den zehnten Schritt machen zu können, bevor wir den ersten und zweiten zurückgelegt haben. Manche von uns hatten sich den Fuß verstaucht, weil sie glaubten, im Sprunge das Ziel erreichen zu können. Jetzt wollen wir fest und stark einhermarschieren, den Feind im Auge und das Ziel.

Die Republik ist in Gefahr. Diese Tatsache muß alle taktischen Erwägungen beherrschen. Ein Blick in die Presse der Rechtsparteien zeigt, daß die Herren sich noch sehr mächtig fühlen. Die „Kreuzzeitung“ fordert die Reichsregierung und die preussische Regierung auf, auf die — roten Parteien ein wachsameres Auge zu haben. Zu frechem Hohn, zu unerträglicher Provokation steigert diese Aufforderung die „Deutsche Zeitung“. Sie schreibt:

Höher hinaus gehts wirklich nicht. Wenn die verführte Arbeiterschaft unter der Leitung jener Hezer auf die Straße geht und in maßloser Wut gegen die eingebildeten Schuldigen am Tode Erzbergers Recht, Gesetz und Staatsautorität mit Füßen tritt, so ist das kein Wunder. So lange eine schamlose Demagogie in Deutschland ihr Unwesen ungehindert treiben kann, so lange Lüge und Betrug als erlaubte Mittel gelten, leichtgläubige Volksmassen zu verführen, wird in Deutschland niemals Friede werden. Die Verantwortung tragen diejenigen, die eine verlogene Hege als sittliche Tat preisen und gar mit der Autorität des Staates bedecken. Wir verlangen, daß die Staatsanwaltschaft unverzüglich gegen die in jenen Brunnen vergifteten einschreitet. Dauert die Hege auch nur wenige Tage an, so müßten die Folgen unadsehbar werden.

Diese völlige Umkehrung der Wahrheit ist aber nicht nur für die Vertommenheit der nationalen Presse charakteristisch, sie zeigt auch, daß der Kampf, der zu führen ist, nur gewonnen werden kann, wenn er mit rücksichtslosem Nachdruck bis zum Ende durchgeführt wird. Das ist um so notwendiger, da ja diese Zeitungen ihre wahre Gesinnung doch immer einigermaßen zu verbergen trachten. Das wahre Gesicht der Deutschnationalen zeigt ja vielmehr jenes Frohlocken und jene Genugtuung, die das Blatt ihres Blutes oder auch die „Tägliche Rundschau“ offenbart, das Organ der Deutschen Volkspartei, die sich ja von den Deutschnationalen in den politischen Methoden immer weniger unterscheidet. Die Haltung der „Täglichen Rundschau“ zeigt sehr deutlich, wie falsch es wäre, bei dem Kampf gegen die Reaktion zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen großen Unterschied zu machen.

Aber die Schamlosigkeit der Deutschnationalen können nur die eine Wirkung haben: die Abwehr zu steigern. Die Ermordung Erzbergers hat im Auslande sehr starken Eindruck gemacht, neues Mißtrauen gegen Deutschland hervorgerufen und die Führung der auswärtigen Politik wieder erschwert. Das Verbrechen, das die deutschnationale Politik begangen hat, kann nur gutgemacht werden, wenn das deutsche Volk selbst aufsteht und beweist, daß die Tage der Monarchisten und Nationalisten endgültig vorüber sind.

Das soll am Mittwoch in einer einheitlichen und imposanten Kundgebung der gesamten Arbeiterschaft geschehen. Sie wird eine gewaltige Heerschau sein über die proletarische Kraft und den Beginn einer Kampfesweise in der Öffentlichkeit, von der wir erwarten, daß sie der deutschen Arbeiterklasse neue Erfolge bringen, den Feinden der Republik, den Feinden der Freiheit aber das Ende ihrer Macht ankündigen wird.

Die Hechpresse

Den Deutschnationalen steht für ihre Propaganda, für ihre wahrhaftige Verheerung der Bevölkerung eine außerordentlich starke Presse zur Verfügung. Diese Presse ist übrigens nicht immer offiziell deutschnational, sie dient auch, je nach den lokalen Umständen, der verschworsten Deutschen Volkspartei oder firmiert auch als parteilos. Sie wird geschrieben von zum Teil völlig gesinnungslosen käuflichen Subjekten, jenen Prostituierten des Geistes, die sich auf dem Markte der Gesinnung dem Käufer billig anbieten. Diese Subjekte sind nicht weiter interessant, um so mehr aber die Käufer. Die „Berliner Morgenpost“ schreibt darüber mit Recht:

„Nach zu keiner Zeit ist eine Hege so planmäßig organisiert, so glänzend finanziert und so folgerichtig durchgeführt worden wie die der Rechtsradikalen. Sie verfügen über eine Menge von Mäthern, die sich nicht aus eigener Kraft, nicht durch eigene Arbeit, nicht durch das, was sie bieten, erhalten, sondern die dafür ausgehalten werden, daß sie hegen. Das ist ihr einziger Zweck, dafür werden ungeheure Kapitalien immer aus neue in sie hereingeworfen.“

Man kennt die Hintermänner dieser feilen Hechpresse, die ein ekelhaftes Geschwür am Körper des sonst so ehrenwerten deutschen Zeitungswesens ist und die rettungslos alles forumpiert, was in ihren Bann gerät. Ein halbes Dutzend Leute sind es, Männer mit Titel und Männer von Würden. O sie sind ehrenwert, sie sind alle ehrenwert und unankersicher in ihren bürgerlichen Tugenden. Aber sie verüben skrupellos gegen den Staat und gegen die Volksgemeinschaft die schwersten Verbrechen, die sich denken lassen. Sie stehen im Hintergrunde. Dazu auch sich bloßstellen? Dazu haben sie ja ihre Leute, die glänzend bezahlt werden. Dazu haben sie ihre Zeitungen, auf deren Preis es nicht ankommt.

Man wird die Mörder des jetzt Gemordeten fangen, man wird sie verurteilen. Im Grunde betrachtet ist es gleichgültig, wer sie sind. Interessant wäre nur festzustellen, in welchen Kreisen sie sich bewegen und zu erkunden, was sie lasen. Sie sind schuldig. Weltklüger aber noch als sie sind jenes halbes Dutzend Leute, die mit den ungeheuren Kapitalien, die sie aus ihren großindustriellen Vertrieben ziehen, die Hege inszenieren, deren Frucht nicht dieser Mord allein ist. ...

An dieses halbe Dutzend Leute sollte man sich halten. Sie sind die wahren Schuldigen.

Aber es ist dann noch etwas anderes: Auch die Regierung ist von einer schweren Anklage nicht freizusprechen. Sie hat dieses verbrecherische Treiben gebildet, sie duldet es noch. Sie läßt zu, daß in hohen Beamten Männer sitzen, die mit jenem halben Dutzend auf das Innigste sympathisieren und die alle Maßnahmen der Regierung im Geiste der hohen Bureaucratie durchkreuzen. Sie schaut diesem Treiben müßig zu. Auch das ist ein Verbrechen. Sie hat Machtmittel genug in der Hand — aber sie macht keinen Gebrauch davon. Sie könnte das ganze Volk hinter sich haben — aber sie tut nichts, um das Volk aufzuklären und um jener Hege entgegenzutreten. Wird ihr dieser Mord endlich die Augen öffnen? Es ist höchste Zeit. Oder will sie weiter müßig zusehen, wie ihr das Grab geschaufelt r'—h?

Das alles ist richtig, aber es hat einen bedauerlichen Mangel. Warum nennt die „Morgenpost“ nicht die sechs Herren mit Namen? Zwei davon sind allerdings allgemein bekannt, die Herren Hugenberg und Stinnes, der eine deutschnational, der andere das berühmteste und vor allem geldkräftigste Mitglied der Deutschen Volkspartei. Herr Stinnes zumal hat die Korruption der Presse im größten Maßstabe betrieben. Es war ein politisches Geschäft und zugleich eine nicht schlechte Art, Gelder anzulegen, die sonst dem Fiskus vielleicht als Steuern verfallen wären. Herr Stinnes ist einer der größten Kriegs- und Nachkriegsgewinner, einer der reichsten Männer, einer der erbittertsten Feinde der Republik. Aber ein mäßiger Steuerzahler.

Diese Hugenberg- und Stinnes-Presse ist es, in der die schamloseste Hege Tag für Tag getrieben wird. Was der „Miesbacher Anzeiger“ in der für die bayerische Provinz berechneten Sprache verübt, das verüben die „Münchener Neuesten Nachrichten“, seitdem sie in das Eigentum des Stinnes übergegangen sind, in der Sprache der bayerischen Hauptstadt. Die Hugenberg und Stinnes Subventionen all diese Klonsen, von denen die Vergiftung der öffentlichen Meinung ausgeht. Aber die „Morgenpost“ hat recht, sie bleiben „ehrenwert“ und ansehens, obwohl sie die schlimmsten Korruptivier, die gewissenlosesten Hezer und bedenkenlosesten Schürer des Bürgerkrieges sind.

Dokumente der Mordschuld

Das schwarze Hundert, die Krankenschwester und der General

Das deutschnationale Lumpenpad leugnet in seiner Presse die Schuld an der Ermordung Erzbergers — allerdings mit vielem Drehen und Wenden, mit faulen Ablenkungsversuchen und mit einem so verlogenen Gesicht, daß das Schuldgefühl deutlich erkennbar ist. Aber die Schuld dieser Kreise, die ihre abgrundtiefe Gefühlslosigkeit „deutschen Geist“ nennen, dessen sie allein teilhaftig sind, was — so betrauert — zum Glück zutrifft — die Schuld dieser Kreise ist dokumentarisch zu beweisen. Die Mordtaten an sozialistischen und neuerdings nun auch an republikanischen und pazifistischen Führern werden systematisch vorbereitet und mit planvoller Sorgfalt ausgeführt von der Gesellschaft, die unter dem Deckmantel angeblich nationaler Bestrebungen der niedrigsten Mordlust fröhlichen. Das zeigt zunächst die folgende „Warnung“, die vor kurzer Zeit der Frau eines Augsburger Genossen jugend. Dieses Schuldokument sieht so aus:

„Nicht der Gattin einer menschgewordenen Pestbeule am deutschen Volkstempel, sondern einer deutschen Mutter den dringenden Rat, sich mit Beschleunigung samt kompletter Familie aus Bayern verflüchtigen zu wollen. Sollte Ihr Gatte die zeitliche Differenz ignorierend hoffen, wiederum eine den national empfindenden Teil des deutschen Volkes belästigende politische prominente Rolle spielen zu können, so bekommt dieser wahnsinnige Schilling an deutscher Ehre nicht etwa bloß einen Denkzettel wie die Indebunden DR. Hirscheid — dieser Schweinigel — oder Sönger und der geschneiderte Jesuitenhegel Erzberger, sondern gleich Viehmetz, Zugenburg, Haase, Eioner und Garais wird dieser R. beim Aufstehen im politischen Reichsbilde Mündens nicht abtrato (im Zorn), sondern kaltblütig elegant abgeschossen wie ein Kölner Pfeisenschloß in einer Jahrmärtschießbahn. Unerträglich widerwärtig sind vollends ganz und halbgebildete Säuglingsmeister als politische Exaltatos. Hat Matt als pflichtbewusster Minister solche Schändlinge beruflich unschädlich zu machen, so ist es unsere Pflicht — getragen von der Zustimmung des edelendenkenden Volksteiles — dieselben physisch zu eliminieren. Das müge auch der hyperkluge Rattenfänger Auer beherzigen. Die Mutter ist gewarnt! Qui vivra verrat!

J. A. das schwarze Hundert V. Gau Südbayern.

Hier ist es eine organisierte Gruppe, deren Teilnehmer sich hinter einem Namen verbergen, der dieser Mordgesellschaft allerdings würdig ist. In anderen Fällen sind es Einzelpersonen, die ihrem verkommenen Gemüt Luft machen. So wurde einer Vertrauensperson der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit vor einiger Zeit ein Brief einer rechtsstehenden Krankenschwester zur Verfügung gestellt, worin es heißt:

„Wenn ich einen Strich hätte und mir würde Erzberger oder (Prof. F. W.) Höpker zur Auswahl zum Hängen hingestellt, so würde ich erst versuchen, an jedes Ende einen zu hängen und ginge das nicht, ließe ich eher Erzberger laufen, als diesen Schädling und Verräter — der jetzt, wo ihn einer über den Haufen schleien könnte, in der Schweiz flüht. ... Und es wird wieder einer kommen, der mit der Polizei dreißig schlägt, wenn der Proletariat muß. ... wenn die Vergeltung kommt, und sie wird kommen.“

Und von der Vertrauensperson der Internationalen Frauenliga heißt es: „... sie hat nicht mehr lange zu leben, ich weiß mehr, als man ahnt.“

So steht diese Krankenschwester aus, denn sie ist deutschnational. Doch weiter. Ein anderes Beweisdokument veröffentlicht der „Vorwärts“. Er schreibt:

„Infolge einer telefonischen Doppelverbindung wurde ein Leser unseres Blattes Zuhörer eines Gesprächs, daß der Generalmajor von Bering mit einem Bekannten führte. Das Gespräch handelte von der Ermordung Erzbergers und der General sagte:

„Na, da können wir uns ja gratulieren, daß das Schworn endlich tot ist. Ich habe meine beste Pflanz aus dem Keller geholt, um darauf zu trinken.“

Der untreue willige Hörer rief darauf nochmals bei dem General an, daß ihm zu wissen, daß er das Gespräch mit angehört hatte und fragte ihn, ob er zu seinen Worten stünde. Der General geriet darauf in große Verlegenheit. Es sei doch nur eine private Konversation gewesen. Als „Mensch und Christ“ müsse man ja die Tat bedauern, aber es könnte ihm doch niemand verwehren, wenn er sich darüber freue. ...

Das ist fürwahr ein edler Christ. Und so sind sie alle. Die Worte des Bedauerns, die sich die Schreiber

der sogenannten nationalen Presse höhngrinsend heranzupressen, sind eitel Lüge und Heuchelei. In Wahrheit sind jeder Mordtag ein Festtag für die Köhlinge. Sie sind überzeugt, daß Ludendorff und Lettow-Vorbeck und viele alle heißen, die sich 1918 angäbend verrothen haben, ebenso ihre Pulle getrunken haben, wie die Bering.

Doch eine Frage dürfte uns am Platze sein: Wird die Bering etwa noch bei der Reichswehr beschäftigt? Dann muß an ihm das erste Exempel statuiert werden, dem eine umfassende Reinigung der Truppen wie aller Verwaltungen im Reich und in den Ländern von diesem entmenschten Gesindel endlich folgen muß.

Bereitete Orgesch-Demonstration

Im übrigen regnet es den Spießgesellen der Bering und Genossen mehr und mehr in die Bude, wie die folgenden Berichte von der Verteilung sogenannter Tannenbergblätter durch die Arbeiterschaft zeigen. Aus Oranienburg bei Berlin wird uns gemeldet:

Die von den monarchistischen Kriegsheimern auf Sonnabend angelegte Tannenbergfeier wurde durch eine wackere Gewerkschaftsleitung der Arbeiterschaft vereitelt. Die erregten Arbeiter umzingelten den mit klingelndem Spiel und Geföhren von einem Dutzend Offizieren anrückenden Festzug der Kriegsveteranen, worauf sich die Patrioten in das Hotel am Luisenplatz 118 setzten, von dessen Terrasse hierauf Genosse Ullmer zu den Massen sprach und eine gründliche Überzeugung mit der Reaktion und ihren Mörderbanden vornahm. Mit einem Demonstrationsummarsch schloß die Kundgebung der Arbeiterschaft.

Und das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Brandenburg a. H.:

„Der Verband nationalgesinnter Soldaten in Brandenburg bei der Habel hatte zu gestern Abend eine Tannenbergfeier im Ausicht genommen, bei der der frühere Kriegsminister General v. Stein und ein Pastor Fränkel Ansprachen an die Versammlung im Schwelzergarten halten sollten. Das Vorhaben wurde aber beiseite befähigt worden und erwartete den geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft Brandenburgs, die sich daraufhin zu einer Gegenkundgebung im Volksgarten veranlaßte. Etwa 7000 organisierte Arbeiter trafen sich dort und marschierten in geschlossenem Zuge, ohne irgendwelche Ordnung und Marsch zu führen, durch die Straßen der Stadt zum Schwelzergarten, den sie völlig besetzten. Infolgedessen mußte die nationalistische Kundgebung abgelehnt werden. Während der Kriegsminister v. Stein gedanklos aus Brandenburg abreiste, bog sich der zweite Nebner, Pastor Fränkel, zu den Gegenemonstrationen, um dadurch seinen persönlichen Mut zu beweisen.“

So muß es überall kommen. Nirgends und nie darf diese Sippchaft Gelegenheit finden, sich öffentlich zu verjammern. Die Fest muß unterdrückt werden. Die Arbeiterschaft verläumt ihre dringendste und nächste Pflicht, wenn sie dem Treiben der Vertommenen tatenlos zuschaut.

Der Potsdamer Rummel verboten

Die für Sonntag geplante Tannenbergfeier in Potsdam ist von der Regierung in Berlin verboten worden. Dagegen hat der Deutschnationale Jugendbund Beschwerde beim Reichspräsidenten eingelegt.

Die bisherigen Ermittlungen

W.B. Freiburg, 27. August.
Nach den gerichtlichen Feststellungen wurde der Abgeordnete Erzberger erst durch einen Schuß in die Stirn getroffen. Die Täter glaubten, daß der Abgeordnete Dietz, der bewußtlos zumammenschlug, tödlich getroffen sei, da sie nur den schwerverletzten Abgeordneten Erzberger verfolgten. Eine große Blutspure führte sie durch einen Hang die Böschung hinunter, wo sie die Opfer unter einer Korktaube fanden. Sie haben auf den Schwere verlegten offenbar noch zwei Schüsse abgegeben. Die Ausforschungen weisen große Löcher mit herausgerissener Gehirnmasse auf. Die beiden Barzonenhüllen lagen etwa 1/4 Meter voneinander entfernt. Die Leiche ist unberührt geblieben. In Ostend wurden zwei Individuen verhaftet, die dem Abgeordneten Dietz gegenübergestellt wurden; sie haben jedoch mit der Tat nichts zu tun. Der Abgeordnete Dietz ist heute in seine Heimat am Bodensee zurückgekehrt.

100 000 Mark Belohnung

Berlin, 27. August.
Reichsanzler Dr. Wirth hat im Namen der Reichsregierung folgendes Telegramm an das badische Staatsministerium geschickt: Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß bei der Ermordung des Abgeordneten Erzberger die Möglichkeit einer politischen Mordtat gegeben ist, eine Belohnung von 100 000 Mark für die Ermittlung der Täter oder der Anstifter angesetzt. Für die Verteilung ist die badische Landespolizei in Karlsruhe zuständig.

Die Beisetzung

Die Leiche des ermordeten Abgeordneten Erzbergers ist gestern in das Krankenhaus überführt worden, wo ihre Obduktion stattfand. Am Sonntag findet eine Trauerfeier in Oppenau statt. Die badische Landesregierung und die Reichsregierung werden sich dabei vertreten lassen. Nach der Trauerfeier erfolgt die Ueberführung der Leiche Erzbergers nach Berlin. In Berlin wird die Leiche vermutlich Montag nachts eintreffen und hier zur Aufbahrung gelangen. Das Ergebnis selbst findet am Mittwoch in Wilmersdorf statt.

Polizeiknäpperei in München

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 27. August.
Die Mut der Reaktion über die gewaltige Massenaktion im Münchener Proletariat löst sich nunmehr aus. Am Freitagabend, nachdem die Demonstration vollkommen ruhig verlaufen war, kam es infolge des provokatorischen Auftretens der Reichsorganen zu Zusammenstößen. Verschiedene Personen, darunter der rechtssozialistische Stadtrat Hofmann, wurden ohne jeden Grund mit Gummiknäppeln und Säbeln bearbeitet. Am Samstag wurde ein junger Kaufmann durch Zivilpersonen, die angeblich Kriminalbeamte sein sollen und die in Rotweitz gehandelt haben wollen, erschossen. Mehrere andere Personen wurden schwer verletzt. Ein Augenzeuge teilt darüber mit, daß aus einer diskutierenden Gruppe ein Mann heraustrat und ohne Veranlassung schloß. Bei derselben Gelegenheit wurde der Sekretär des Republikanischen Reichsbundes, Schmalig, verhaftet, weil er „Geföhren“ haben sollte. Am Sonnabend wurde der Vorsitzende der Reichswehr, Genosse Freiburger, verhaftet. Damit hat die Hege der bürgerlichen Presse gegen ihre Feinde getragen. Der Republikanische Reichsbund hat sofort beim Reichspräsidenten Dr. Wirth telegraphisch gegen die Willkürmethode der Polizei Protest eingelegt. Aus Anlaß der Massendemonstration hat sich die angeblich aufgelöste Einwohnerwehr nicht in ihren Lokalen versammelt. Der Aufsicht des Reichspräsidenten der U.S.P.D. zur Feuerung wurde während der Massendemonstration in 30 000 Exemplaren verteilt.

Der verlorene Buchstabe

Das Ergebnis des Parteitag der K.A.P.D.

Der Mord an Erzberger hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ein wenig von dem Abschluß der Komödie abgelenkt, die fünf Tage lang in Jena gespielt wurde. Man kann den kommunistischen Parteitag auch ein Trauerspiel nennen, sofern man geneigt ist, ihn noch als eine Angelegenheit der ganzen Arbeiterklasse zu betrachten. Aber das heitere Auge dürfte in diesem Falle mehr Berechtigung haben als das nasse, und wenn wir ein medizinisches Bild heranziehen wollen, so können wir feststellen, daß das deutsche Proletariat dabei ist, die letzten Eiterstoffe aus seinem Körper auszuschleiden. Und das geht nicht ohne üblen Geruch ab.

Die K.A.P.D. hat in Jena einen Buchstaben verloren. Sie wird fortan nur noch aus drei Buchstaben sitzen, was natürlich kein Vergnügen ist. Die K.A.P.D. hat freilich noch einen anderen Verlust dadurch erlitten, daß ihre Heroen Stöcker und Koenen nicht mehr in die Zentrale gewählt worden sind. Wir halten uns nicht für berechtigt, Prophezeiungen darüber anzustellen, wie sie diesen Verlust ertragen wird; soweit wir unsere eigenen Erfahrungen dabei sprechen lassen dürfen, so könnten wir freilich sagen, daß in Fällen von solcher Art der Verlierer meist zum Gewinner wird.

Neben diesen negativen Ergebnissen steht das eine positive Ergebnis, daß die K.A.P.D. jetzt alle sozialistischen Erkenntnisse endgültig über Bord geworfen und sich zwar noch mit einigem Schameln, aber doch ganz unzweideutig für die Theorien des Anarchismus, oder wenn man es anders benennen will, des Putschismus erklärt hat. Zu den ungeheuren Mengen gedruckten Papierses, die den Delegierten in Jena vorgelegt wurden, kamen neue Berge von Resolutionen, Programmen und Manifesten. Sie werden den Weg der anderen kommunistischen Mafakatur gehen, und deshalb erübrigt es sich, sich mit ihnen näher zu befassen. Ihr Geist strömt in konzentrierter Form in folgendem Satze aus, der sich in der Resolution zum dritten Kongreß der Moskauer Internationale findet:

„Genügt der Druck der kommunistischen Partei nicht, um das Proletariat in einheitlicher Front in den Kampf zu führen, so ist es die Pflicht der K.A.P.D., zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeitermassen zum Kampf zu führen.“

Paul Levi, der als früherer Vorsitzender der kommunistischen Partei auch etwas von kommunistischen Dingen versteht, sagt in der neuesten Nummer seiner Zeitschrift „Unser Weg“ zu diesem erleuchteten Satz folgendes:

Welch eine Vorstellung, die hinter diesen Worten liegt! Das Verhältnis der Kommunisten zu den Massen ist „der Druck“. Der Druck wird ausprobiert, ob er genügt oder ob er nicht genügt. Die Vorstellung ist also die, daß die kommunistische Partei ein den großen Massen entgegengesetztes Wesen ist, das an den Massen herumprobiert, ob sie geneigt sind, dem „Druck“ nachzugeben oder nicht. Es ist kein Kommunist in Deutschland, der nicht mit uns die Auseinandersetzung mit der K.A.P.D. erlebte, der nicht sofort alte Gedankengänge erwidert. Der alte Gedankengang, als könne man die Massen, wir sagten damals „zur Revolution zu bringen“, kehrt jetzt in der Form wieder, als könne man sie zur Revolution „drücken“. Der ganze Gedanke des Kommunismus des organischen Wachstums der Kommunisten mit den Massen und des historischen Werdens der Aktion ist aufgehoben; die Kommunisten drücken, und die Massen... Entweder gehorchen sie dem Druck, dann geht die durchgedrückte Revolution vor sich. Oder die Massen gehorchen dem Druck nicht. Dann ist vor sich. Über die Massen gehorchen dem Druck nicht. Dann ist vor sich. Die Aufgabe der Kommunisten — so sagt die Parteitagserklärung —, „selbständig Teile der Massen in den Kampf zu führen“. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß gemessen an dieser Weisheit, die Offensivtheoretiker geistige Kapazitäten waren. Diese philosophieren drauflos, daß, wenn erst die einzelnen Arbeiterscharen in den Kampf geführt würden, sie die Massen mitreißen könnten. Die Parteitagserklärung aber verlangt, daß bei ausprobiertem „Druck“, also bei festgestelltem Unwillen der Massen zum Kampf, es Pflicht sei, die in den Kampf zu führen, die dazu bereit sind. Es heißt, um das ganz klar zu sagen: Arbeiter nicht verbieten lassen unter Umständen, bei denen bereits im voraus festgestellt ist, daß sie zum Verbluten und zur Isolierung der einzelnen Kämpferscharen führen werden.

Die Theorie des Märzputsches, so stellt Paul Levi weiter fest, der Glaube, daß man die Massen in die Aktion „drücken“ könne, die Arbeitenden durch die Prügel der Arbeitslosen, die Indifferenten durch die „Reizmittel“, die Andersortigen durch die „in-die-Augen-spuhen“, dieser Unsinns ist jetzt zum Geheiß der K.A.P.D. erhoben worden und dieses Geheiß suchen sie bereits der Wirklichkeit aufzudrängen. Verlangen wir die Erfassung der Sachwerte mit 30 Prozent, so schreien kommunistische Narren: es müssen 51 Prozent sein. Verlangen die Funktionäre einer Gewerkschaft 80 Prozent Lohnzulage, so wird die Aktion von ihnen auf 100 Prozent „gesteigert“. So erweitert sich ihnen das Geheiß des „Druckes“ zu den Gepflogenen des billigen Jakob. Die Wirklichkeiten des wirtschaftlichen und politischen Lebens dienen ihnen nur dazu, um sie „anzuputzen“, wie es in ihrer Sprache heißt. In um derselben Nummer der Zeitschrift „Unser Weg“ sagt Kurt Geyer über den „Druck“ der Kommunisten das Folgende:

Ein solcher Beschluß ist nur möglich bei einer Denkweise, die in der Arbeiterklasse das Objekt sieht, das von einer Vorhut bewegt wird, anstatt sich selbst zu bewegen, er ist der Ausdruck einer mechanischen Vorhuttheorie, die nicht auf die Bedingung des Klassenbewußtseins und die kommunistische Ueberzeugung Wert legt, sondern auf Bewegung der Masse unter Druck. Eine solche Denkweise hat nichts zu tun mit marxistischen Auffassungen. Sie ist kein Kommunismus. Sie ist nicht einmal Blanquismus. Sie ist nichts anderes als ein Zerwürf, geboren aus dem Geiste militärischer Ueberspannung notwendiger revolutionärer Disziplin. Diese Denkweise sieht das Verhältnis der Kommunisten zu den Arbeitermassen geradezu wie das Verhältnis des militärischen Führers, der hinter die Front einer porgetriebenen Truppe Sperrfeuer legt, zu den ihm unterworfenen Soldaten. Eine solche Anschauung lag der Taktik der Märzaktion zugrunde. Sie war die Basis der „Offensivtheorie“, die selbst das, was dieser Kongreßbeschluss mit so brutaler Plumpheit ausdrückt, nicht offen zu sagen wagte. Dieser Parteitagbeschluss ist darum die gradlinige Fortsetzung der Entwicklung zum Anarchismus, die seit den Beschlüssen des Zentralkomitees vom 17. März begonnen hat.

Die Stöcker und Koenen, so behaupten jetzt ihre bisherigen Freunde Geyer und Düwell, hätten zwar mit ihnen darin übereingestimmt, daß der Weg der kommunistischen Partei in den Anarchismus führe, aber sie glaubten ihre Stellung durch ein Kompromiß mit den Radeks-Deuten retten zu können. Das ist ihnen nicht gelungen, ihre Schamtheit hat sich vor der Bedenkenlosigkeit der „Linken“ verkrüppeln müssen und sie sind mit Glanz aus der Zentrale gepflogen. Dieser

erhabenen Körperschaft gehört aber noch Klara Zetkin an, von der jetzt Paul Levi mit tiefer Schmerz Abschied nimmt. Vielleicht dient es ihm zum Troste, daß Bertha Braunkopf, die seit mindestens drei Jahren eine bewährte Vorläuferin für die proletarischen Frauen ist, 184 Stimmen erhalten hat, während Klara Zetkin, die immerhin ein ganzes langes Leben für die Arbeiterklasse opferte, sich mit 181 Stimmen zufrieden geben mußte.

So dürfen wir mit der beruhigenden Gewißheit den Rückblick auf den Parteitag der K.A.P.D. schließen, daß die gereinigte Zentrale nichts veräumen wird, um auch noch die letzten Arbeiter über ihre Absichten aufzuklären. Die K.A.P.D. hat in Jena einen Buchstaben verloren, zugleich ist aber auch der letzte Rest sozialistischer Erkenntnis von ihr gewichen.

Das Wohlfahrtsministerium

Aus dem Hauptausschuß des Landtages

In der Sitzung vom Sonnabend kam es vor der Abstimmung noch zu einer bemerkenswerten Debatte über Groß-Berliner Angelegenheiten. Der volksparteiliche Abg. von Spennern konnte es nicht unterlassen, beim Kapitel „Anteil Preußens an den Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge“ die kommunale Aufsichtsbehörde gegen die Groß-Berliner Einrichtungen auf diesem Gebiete anzugreifen. Angetan hat es ihm der bekannte Fall des Dr. Rudolph Brandt, von dem er behauptete, daß er von dem kommunalen Stadtrat Stolz gewonnen worden sei, um auf dem Wege über die Verzinsung der Kriegsbeschädigten ein kommunales Reg. revolutionärer Zellen herzustellen. Er erklärte ausdrücklich, der berühmte Erlaß des Ministers Dominikus, wonach die Bestätigung kommunaler Stadträte und Beigeordneten, die als Polizeigewaltige fungieren, nicht erfolgen dürfe, genüge ihm nicht, es dürfe überhaupt kein Kommunist in eine Stadtratsstelle gelangen. Höher als die Selbstverwaltung stehe ihm die Erhaltung des kapitalistischen Staatsgebäudes. Gen. Dr. Wegl erwiderte ihm, daß die Stadtverwaltung selbst in der Lage sei, die tatsächlich vorhandenen Mängel auf dem Gebiete der Kriegsursorge zu beheben, wenn ihr nur freie Hand gegeben würde, die aus der dreizehnhundertjährigen Zeit stammenden veränderten bürokratischen Beamten loszuwerden, denen es zu danken sei, wenn heute noch Sipo-Mannschaften in der Berliner Fürsorge-Kasse stationiert sind! Die Unternehmung im Falle Stolz-Franke habe, wie in der nächsten Stadtratsperiode der Magistrat amtlich mitteilen werde, gegen die Geschäftsführung des Stadtrats Stolz und des Deputierten Franke — von unbedeutlichen Kleinigkeiten abgesehen — nichts Belastendes ergeben. Lediglich zur parteipolitischen Ausschmückung sei dieser Fall konstruiert worden.

Beim Kapitel „Erwerbslosenfürsorge“ — 500 Millionen — verlangte Dr. Wegl nachdrücklich schleunige Beseitigung größerer Mittel vom Reich und Staat zur Durchführung des Baues der Nordbahn. Preußen und das Reich haben an dieser Frage, die keine besondere Berliner sei, ein besonderes Interesse, da, wie nachher Ministerialdirektor Braht bestätigte, nahezu zwei Drittel aller preussischen und nahezu die Hälfte aller deutschen Erwerbslosen an Groß-Berlin zusammengeballt seien!

Bei der nunmehr folgenden Abstimmung gelang es, eine größere Zahl unserer Anträge, für die sich auch die Regierung ausgesprochen hatte, zur Annahme zu verheifen. Dies geschah 1. bei dem Antrag auf Einführung einer Anzeigepflicht der offenen tuberkulösen erkrankten Lungen, 2. bei dem Antrage, die Beihilfen zur Bekämpfung der Tuberkulose von 1 Million auf 5 Millionen Mark zu erhöhen; 3. bei dem Ersuchen an das Staatsministerium, auf die Reichsregierung einen Druck auszuüben, daß die Rentenverfahren der Kriegsbeschädigten mit der allergrößten Beschleunigung durchgeführt werden. Der Antrag auf Aufhebung der ärztlichen Ehrengerichte soll im Plenum des Landtages an den Rechtsausschuß zur Prüfung überwiesen werden. Der Antrag, mit der Sozialisierung der ärztlichen Heilthätigkeit zu beginnen, vertiel mit nur 11 gegen 10 Stimmen der Ablehnung. Er wird wiederkehren! Die Eingabe des Oskar Helene-Krappelheims in Dahlen auf einen Zuschuß von 500 000 M., um es als staatliches Forschungsinstitut und als staatliche Lehranstalt auszustatten, wurde auf Antrag Dr. Wegl der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Von sonstigen Entschlüssen sind noch erwähnenswert: Konzeptionen für Alkoholausschank sollen nur erteilt werden, wenn nach genauer Prüfung der örtlichen Verhältnisse die Bedürfnisfrage bejaht wird. Die Wohnungsdämmer sollen, solange die Wohnungsnot besteht, keinerlei Räume für Alkoholausschank freigeben. Für die Hungernden in Rußland soll die Regierung tatkräftige Hilfe zur Verfügung stellen. Ein kommunistischer Antrag auf Bewilligung von 5 Millionen Mark wurde abgelehnt. Damit waren die Beratungen des Hauptausschusses zum Etat des Wohlfahrtsministeriums beendet.

Der Reichswirtschaftsrat

Regierung und Reichsrat haben das Recht, je 12 Mitglieder für den Reichswirtschaftsrat zu ernennen. Diese Mitglieder sollen gegenüber den Vertretern der einzelnen Berufsstände die Allgemeininteressen zur Geltung bringen. Der Reichsrat, in dem die alten Bürokraten, worauf gerade die sozialistischen Regierungen größeres Augenmerk verwenden sollten, noch immer eine große Rolle spielen, hat seinerzeit die Vertreter der Allgemeininteressen ausgewählt, daß er — 11 Unternehmer und einen Handelskammersekretär ernannt hat. Jetzt ist eine Stelle freigeworden. Wir sind einigermaßen neugierig, wie die Neubewegung ausfallen wird.

Die Wiesbadener Besprechungen

EE. Paris, 27. August.

Dem „Temps“ wird aus Wiesbaden gemeldet: Nach Schluß der heutigen Vormittagssitzung erklärte Loucheur, daß das Abkommen über das Memorandum getroffen sei, d. h., über den Plan einer Konvention, die die Mitarbeit Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vorzieht und die auch die Bildung einer deutschen Privatgesellschaft für die Materiallieferungen und die Gruppierung der französischen Geschädigten zur Erteilung von Aufträgen an deutsche Firmen in Aussicht nimmt. Das Abkommen über den Anhang wurde gleichfalls getroffen, der den Plan einer Konvention zwischen der deutschen und der französischen Organisation vorzieht. Es bleiben nun noch die Anhangsprotokolle zu prüfen, die auf die Rückerstattung von Industriematerial und Tieren Bezug haben. Hinsichtlich des Eisenbahnmaterials ist das Abkommen nahezu verwirklicht, doch bleiben noch die Vereinbarungen über die Festsetzung der Kohlenpreise offen. Die Besprechungen werden heute nachmittags um 4 Uhr wieder aufgenommen und aller Wahrscheinlichkeit nach am Abend ihr Ende erreicht haben.

Der „Temps“ veröffentlicht zugleich eine Reihe von Einzelheiten aus den Abmachungen, die Loucheur und Rathenau bereits getroffen haben sollen. Wenn die Angaben dieses Blattes zutreffen, so muß es Bestrebungen erregen, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage ist, die deutsche Presse mit ähnlicher Schnelligkeit über das Ergebnis der Verhandlungen zu unterrichten.

Eine deutsche Note an die Alliierten

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat dem Ministerpräsidenten Briand für den Obersten Rat eine Note überreicht, in der behauptet wird, daß die alliierten Regierungen sich nicht zur restlosen Aufhebung der Sanktionen entschlossen haben. Die deutsche Regierung weist den Vorwurf zurück, daß sie bei der Handhabung des deutschen Ein- und Ausfuhrrechts den Vertrag von Versailles verlegt habe, sie will sich jedoch mit der Schaffung eines Kontrollorgans unter der Voraussetzung einverstanden erklären, daß es sich jeder Einmischung in die deutsche Verwaltung enthalten wird. Sie lehnt die wesentliche Aufgabe dieser Behörde darin, die Beschwerden der Angehörigen der Alliierten entgegenzunehmen, die Handhabung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen müßte jedoch durch die deutschen Behörden erfolgen. Mit der Führung der Verhandlungen über diese Fragen ist auf deutscher Seite der Gesandte von Rattus beauftragt worden. Zum Schluß wird die feste Erwartung ausgesprochen, daß auch die militärischen Sanktionen bald aufgehoben werden.

Hardings Befriedigung

Newport, 27. August.

Die „Newport Herald“ aus Washington meldet, erklärte Präsident Harding, der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland habe ihn ganz besonders deshalb befreit, weil dieser Vertrag mit Zustimmung so sehr von einander abweichender politischer Gruppen in den Vereinigten Staaten zustande gekommen sei und auch für die Alliierten und zweifellos für Deutschland annehmbar sei. Wie erwartet wird, wird der Senat sofort nach seinem Wiederkunft, der am 21. September erfolgt, den Vertrag ratifizieren.

Im Hinblick auf die vom Weißen Hause ausgehende Ankündigung, daß die amerikanischen Truppen Deutschland in sehr kurzer Zeit verlassen würden, wird in einer Depesche der „Newport Tribune“ hervorgehoben, es sei völlig klar, daß diese Zurückziehung nur erfolgen werde, um Deutschland von der wirtschaftlichen Last zu befreien und außer Zusammenhang mit dem Friedensvertrag stehe.

Einer Meldung der „Newport Times“ zufolge, wird Präsident Harding voraussichtlich vor der endgültigen Ratifizierung des Friedensvertrages eine Friedensproklamation erlassen.

Rundgebung gegen Horstpy-Ungarn

Frankfurt a. M., 27. August.

Anlässlich der Teilnahme der ungarischen Vertreter Huszar, Stefan Haller und Bela Turi am Katholikentag fordern die sozialdemokratischen Parteien und die Vereinigte kommunistische Partei Großparlament die Frankfurter Arbeiterklasse auf, die Anwesenheit der ungarischen Delegierten, die als Proletariatsmörder bezeichnet werden, zu boykottieren, um am Biomarktmarkt zu protestieren.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter

Verhandlungen in Auesicht

Essen, 27. August.

Die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebiets haben die bestehende Lohnordnung gekündigt. Der Zechenverband hat sich daraufhin bereit erklärt, bereits Anfang kommenden Woche mit den Bergarbeiterverbänden des Ruhrgebiets in Verhandlungen über die Lohnfrage einzutreten. Die Bergarbeiter verlangen einheitliche Lohnregelung für ganz Deutschland.

Die Hilfe für Rußland

Die amerikanische Hilfsaktion

DE. Wiga, 27. August.

Die amerikanische Hilfsadministration hat sich nach Moskau begeben. Die Delegation besteht aus sieben Mitgliedern unter Führung Carrolls. Am Bahnhof waren Vertreter der leitenden Regierung, der Rigaer amerikanischen Geschäftsträger und zahlreiche Journalisten erschienen.

DE. Terijoki, 27. August.

In Petersburg wird eifrig unter der Mitwirkung des autonomen Hilfskomitees an der Errichtung von Lagern zur Aufbewahrung der ausländischen Lebensmittel gearbeitet. Petersburg ist als Basis für die Lebensmittelverteilung ausersehen. Die Stadt selbst wird einer Generalreinigung unterzogen, zu welchem Zweck eine allgemeine Reinigungs- und Reparaturwoche angeordnet worden ist. Die Beschäftigung erwartet mit Ungeheuer das Eintreffen der amerikanischen Hilfsexpedition. Die Nachricht von der Aufhebung der beschränkten Lebensmittelrationen ist von der Bevölkerung mit großer Aufmerksamkeit auf die Zuteilung der amerikanischen Verpflegungsrationen rechnen zu dürfen glaubt. Der Privatverkauf ausländischer Produkte im Petersburger Gouvernement ist im Zusammenhang mit der Erhebung der Natursteuer verboten; die in die Stadt fahrenden Genußwaren werden zu diesem Zweck kontrolliert. Wie die Konauer „Zawetsta“ melden, soll die Staatliche Verpflegungskommission in diesem Jahre nur die Versorgung von 4 Millionen Arbeitern, Gläubigern, Soldaten und von 2 Millionen Sowjetangehörigen übernehmen, die übrige Bevölkerung ist darauf angewiesen, selbst für ihre Verpflegung zu sorgen.

Dr. Alexander Besele, gemelter Ministerpräsident von Ungarn, ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Nur nicht zahlen! Die Vereinigung deutscher Lagerverwalter hat sich in einer Entschlossenheit gegen die Erhebung der sogenannten Gabelsteuer gemeldet sowie gegen die in dem Vermögenssteuerentwurf geplante Bewertung der landwirtschaftlichen Vermögen nach dem gemeinen Wert. Der landwirtschaftliche Grund und Boden sei keine Handelsware und dürfe es auch in Zukunft nicht werden. — Handelsware für die Bauern sind nur die Erzeugnisse und daneben die Ställe, die von den Bauern noch nie als etwas anderes wie als Objekt für ihre Auswüchsergefühle betrachtet wurden.



Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Befriedigung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen o. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 7.

Die Frauen und die Einheitsgemeinde

Seit die Revolution den Frauen das Wahlrecht und damit das Recht der Mitbestimmung in öffentlichen Angelegenheiten verliehen hat, ist die Erscheinung zu verzeichnen, daß sich diese Erregung in den ersten Jahren zunächst gegen die Parteien, für die sie segensreich wirken sollte: gegen die sozialistischen Parteien. Die Wahlstatistiken zeigen, daß erheblich mehr bürgerliche Frauen sich an den Wahlen beteiligen, als die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Diese Tatsache ist einmal dem Umstand zu verdanken, daß die bürgerlichen Parteien einen erheblichen Einfluß auf die indifferenten Frauen, Hausangestellte usw. auszuüben vermögen, zum anderen aber, daß die Frauen des Bürgertums von Haus aus einen besseren Bildungsgang genossen und damit mehr Fähigkeiten erworben haben, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Um so wichtiger ist es für uns, auch die Frauen des Proletariats zu der politischen Aktivität zu bringen, die in ihrem eigenen Interesse und damit im Interesse der arbeitenden Klasse liegt.

Dem Umstande entsprechend, daß die Frauen schon in der Zahl nach die Entscheidung auch bei den kommenden Stadt- und Bezirkswahlen zu fällen haben, müssen wir auf die Aufklärung und die Belebung des Interesses der proletarischen Frauen unser besonderes Augenmerk richten. Auch die Kommunalpolitik, die dem Fernstehenden zunächst als eine endlose und auf viele Gebiete verstreute Kleinarbeit erscheint, bedeutet ein wesentliches Stück sozialistischer Befreiungskampfes. Nun hat aber schon unser Altmeister August Bebel in seinem vielverbreiteten Buche „Die Frau und der Sozialismus“ eingehend dargelegt, wie eng der Befreiungskampf der Frau aus jahrtausendelanger Knechtschaft und Unterordnung mit dem Befreiungskampfe der arbeitenden Klasse verknüpft ist. Also heißt es auch für die Arbeiterfrauen, auf allen Gebieten des proletarischen Kampfes teilzunehmen, auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik.

Wenn wir das ungeheure Arbeitsgebiet der Kommunalpolitik überschauen, so drängen sich uns sofort eine Fülle von Aufgaben auf, zu deren Lösung gerade die Frauen besonders berufen erscheinen. In der Gemeinde treten ja doch die Interessen der Bevölkerung viel unmittelbarer zutage, als in den höheren Verbänden von Staat und Reich. Die Gemeinde ist gewissermaßen die Zelle, das unterste Gemeinwesen, aus der sich der große Körper des Staates zusammensetzt. Wenn wir nun diesen großen Körper umformen wollen in sozialistischem Sinne, wenn wir den Staat umbilden wollen zu einer Gemeinschaft, in der das Glück des einzelnen wie der Gesamtheit der leitende Gedanke des öffentlichen Lebens ist, so liegt das natürlich voraus, daß auch die Elemente, die Bausteine, aus denen dieser große Staat aufgebaut ist, neue Form und neuen Inhalt erhalten. Planmäßig und mit äußerster Energie müssen wir in der täglichen Arbeit innerhalb der Gemeinden danach streben, schon den engeren Rahmen dieser Gemeinschaft mit dem neuen Leben des Sozialismus zu erfüllen. Haben die Frauen schon aus diesem Grunde die Pflicht, an dieser Arbeit ihr Teil mitzuhelfen, so gefeilt sich dazu noch die besondere Pflicht, auf den dem Wesen der Frau und Mutter entsprechenden Einzelgebieten der kommunalen Arbeit ihr Bestes zu leisten. Die großen Gebiete der Wohlfahrtspflege, der kommunalen Fürsorge für Mutter und Kind, der Jugendpflege und überhaupt in der Vertretung der Frauen- und Mutterinteressen auch bei den allgemeinen kommunalen Fragen, wie Schulangelegenheiten und dergl. mehr, müssen zu einem Feld der eifrigsten und Mitarbeit der sozialistisch empfindenden und handelnden Frauen des Proleta-

riats werden. Darüber hinaus aber haben die Frauen des Proletariats die Pflicht, für einen sozialistischen Ausbau der Gemeinde dadurch zu sorgen, daß sie bei den Wahlen zu den Gemeindeförperschaften den sozialistischen Vertretern ihre Stimme geben.

Was über die Bedeutung der Kommunalpolitik im allgemeinen gesagt wurde, gilt in besonderer für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Sie ist nicht nur dem Umfange nach die größte Zelle in unserem Staatswesen, sondern auch ihrer Bedeutung nach die wichtigste Kommune. Durch ein Gesetz der preussischen Landesversammlung — das durchaus nicht das sozialistische Ziel erreicht — wurde dieser Riesenkörper geschaffen, um einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Lasten und kulturellen Leistungen herbeizuführen. Es gilt, die finanzielle Leistungsfähigkeit der westlichen Gemeinden und Luxusvororte heranzuziehen, um die kulturellen Leistungen, Wohlfahrtsrichtungen und kommunalen Pflichten der proletarischen Bevölkerungsbezirke heben zu können. Dieser wichtige Grundgedanke der Lebensinhalte der Einheitsgemeinde Berlin. Deshalb ist auch nichts begrifflicher, als der Widerstand der bürgerlichen Parteien gegen das sozialistische Streben, wirtschaftlich und kulturell einen Ausgleich zwischen den Leistungen der einzelnen Vorortgemeinden Berlins zu schaffen. Der jähe Kampf, den die bürgerlichen Parteien schon jetzt gegen das sozialistische Groß-Berlin führen, muß alle Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes auf den Plan rufen, um nicht schon den Anfang für die sozialistische Ausgestaltung der Einheitsgemeinde erlösen zu lassen.

Es muß gesagt werden: das sozialistische Groß-Berlin befindet sich durchaus in den allerersten Anfängen; auch die Frauen, die vielleicht bei der Erörterung der sie unmittelbar berührenden Vorgänge, z. B. der Neugestaltung des Schulwesens, bei der Preisgestaltung für Gas und Elektrizität und ähnlichen Fragen, schon mehr und größere Fortschritte erwartet haben, müssen bedenken, von welchen Faktoren Groß-Berlin noch abhängig ist. Gerade der Kampf um die Einheitsgemeinde kann die Frauen von der allgemeinen Illusion einer bestehenden Demokratie gründlich heilen; der Magistrat z. B. ist nicht nur nach § 56 der preussischen Städteordnung verpflichtet, Anordnungen der vorgesetzten Verwaltungsbehörde auszuführen, sondern er ist auch bei allem, was er und was die Stadtverordnetenversammlung auch für Pläne haben mögen, an die Gestaltung der finanziellen Lage der Gemeinde gebunden. Beide Faktoren haben sich in der jungen Entwicklung der Einheitsgemeinde Berlin in besonders verhängnisvoller Weise geltend gemacht. Berlin hat über sich eine Verwaltungsbehörde, die in der denkbar rigorosesten Weise alle Fortschritte zu verhindern und jeden sozialistischen Versuch im Keime zu ersticken versucht. Es wird während des Wahlkampfes noch öfters Gelegenheit sein, dies an konkreten Fällen nachzuweisen. Ebenso leidet Berlin an der ungünstigen Gestaltung seiner finanziellen Verhältnisse, und alle Versuche, die aufzubringenden Lasten vor allen Dingen auf die tragfähigen Schultern zu legen, fanden bisher den Widerstand der bürgerlichen Parteien und der Verwaltungsbehörde, die deren Interessen vertritt.

So groß die Schwierigkeiten sind, die sich dem sozialistischen Ausbau dieses wichtigen Gemeindeförpers entgegenstellen, so sind sie doch nicht unüberwindlich. Sie werden um so leichter überwunden werden können, je fester sich das Proletariat in dem Kampfe gegen das Bürgertum zusammenfindet, das nirgends von einem anderen Gedanken geleitet ist, als von der Sorge um die Erhaltung seines Geldbeutels. Den Frauen, die, wie immer

wiederholt werden muß, bei den Wahlen schon durch ihre Zahl ausschlaggebend sind, fällt bei diesem Kampfe eine besondere Verantwortung zu. Deshalb muß die Arbeit unter ihnen einsehen, sie müssen sich lebhaft an dem Kampfe um Groß-Berlin beteiligen, und sie müssen in den bevorstehenden Wahlen beweisen, daß die bisherigen Statistiken, die ein Ueberwiegen der bürgerlichen Frauen gezeigt haben, eine Angelegenheit der Vergangenheit sind.

Alle Frauen und Mädchen, die ihre Pflicht als Angehörige des Proletariats erfüllen, müssen in eine lebhafteste Aufklärungs- und Werbearbeit unter ihren Geschlechtsgenossinnen eintreten und müssen am 16. Oktober den Nachweis erbringen, daß das Vertrauen des sozialistischen Berliner Proletariats der Unabhängigen Sozialdemokratie gehört.

Was der Etat erzählt und was der Wähler wissen muß

M. P. Die Arbeit eines kommunalen Gemeinwesens wird durch den Etat für ein Jahr im voraus festgelegt. Aufgaben, die im Etat nicht vorgesehen sind, können nur ausgeführt werden, wenn die dazu erforderlichen Geldmittel vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung besonders bewilligt werden, wobei auch zugleich die Frage der Ausbringung dieser Mittel entschieden werden muß. Bei einer so riesenhaften Gemeinde, wie sie das neue Berlin darstellt, müssen derartige Sonderbewilligungen auf das allernotwendigste Maß eingeschränkt werden. Die Vorberatung dieser Vorlagen durch die in Frage kommenden städtischen Kommissionen und Deputationen erfordert eine geraume Zeit. Der Aufstellung des Etats einer großen Gemeinde muß darum erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Je gründlicher diese Beratung erfolgt, um so reibungsloser wird die Verwaltung nach diesem Etat arbeiten können.

Der erste Etat der neuen Stadtgemeinde Berlin, wozu die Verwaltungen gegenwärtig zu arbeiten haben, ist ohne die notwendige Beratung rein bürocratisch unter Zugrundelegung der Sätze des vorjährigen Etats der früheren selbständigen Gemeinde Berlins festgestellt worden, da in diesem Falle Eile geboten war. Die soziale Ungleichheit, die dadurch zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken hervorgerufen wird, und die Mängel, die durch eine derartige schematische Feststellung des Bedarfs im Laufe des Etatsjahres sich einstellen müssen, sind von uns seinerzeit eingehend dargelegt worden*). Wir haben auch rechtzeitig eine gleichmäßige Behandlung der einzelnen Teile Groß-Berlins im Etat gefordert. Der neugewählte Rämmerer Berlins, Dr. Karding, hat in seiner großen Etatsrede die Kritik der „Freiheit“ als berechtigt anerkennen müssen. Er entschuldigte die gerügten Mängel mit der gebotenen Eile des Etats und versprach, die von uns aufgestellten und durchaus zutreffenden Grundzüge für die Etatsfestlegung im nächsten Jahre zu berücksichtigen. Das war für die durch die ungleiche Behandlung benachteiligten Bezirke Berlins ein schwacher Trost.

Im Laufe des Etatsjahres hat sich denn auch gezeigt, wie außerordentlich hemmend der mangelhaft aufgestellte Etat für die kommunale Arbeit wirkt. Besonders auf dem Gebiete der Wohlfahrts- und Jugendpflege müssen die im Etat zu kurz gekommenen Bezirke sich Einschränkungen auferlegen, die die im Etat bessergestellten Bezirke nicht nötig haben. Die Unterschiede in dem Bedarf der einzelnen Bezirke auf den verschiedenen Gebieten der Verwaltung sind erstaunlich hoch. Rechnet man den Bedarf der Bezirke für die einzelnen Verwaltungszweige auf den Kopf der Bevölkerung um, so ergibt sich folgende lehrreiche Uebersicht:

*) Vergl. den Artikel „Der Etat der neuen Stadtgemeinde“ in Nr. 267 vom 5. Juni 1921 der „Freiheit“.

Mafswael



Damen-Filzhüte
25.- 32.- 44.-

<p>Damenkleidung</p> <p>a. gestreiftem Bluse Flanell, halbfrei oder geschlossen 35.50</p> <p>Mantel grau od. braun meliert. 290.-</p> <p>Mantel aus vorzüglic. Flauschstoff 350.-</p> <p>Kleid aus reinwoll. Trikot, mit Tresse garniert. 395.-</p> <p>Jackenkleid aus reinwollenem Cheviot mit Tresse, Jacke halb a. Futter 560.-</p> <p>Morgenrock aus vorzüglichem warmen Trikotstoff 179.-</p> <p style="text-align: center;">Korsette</p> <p>Korsett aus weißem feinsten Stoff 29.-</p> <p>Korsett aus grauem Stoff, mit 1 Paar Haltern. 48.-</p> <p>Korsett aus grauem Dreifachstoff, mit 1 Paar Haltern. 55.-</p> <p>Hüfthalter a. weißem feinst. Stoff, mit waschbarer Einlage und 1 Paar Haltern. 55.-</p> <p>Korsett halbohohe Form, aus rotem Dreifachstoff, mit 1 Paar Haltern. 75.-</p> <p>Büstenhalter a. festem weißen Stoff 8.75</p>	<p>Kleiderstoffe</p> <p>Reinwoll. Kammgarn dunkel meliert, schwere Kostümware, 130cm, Mtr. 48.-</p> <p>Reinw. Kammgarn-Foulé blau-grün kariert, 105cm breit. Mtr. 58.-</p> <p>Kammgarn-Twill Reinwolle, marine und braun, 130 cm br., Mtr. 65.-</p> <p>Mantel- und Ulsterstoffe in Flausch und Velours 130cm, Mtr. 85.- bis 120.-</p> <p style="text-align: center;">Seide u. Samt</p> <p>Paillette-Seide in vie'n Farben. Mtr. 28.75</p> <p>Kleiderseide schottisch kariert, 85 cm br., Mtr. 59.-</p> <p>Chinakrepp in vielen Farben etwa 100 cm breit Mtr 98.-</p> <p>Körper-Velvet schwarz und farbig. Mtr. 53.-</p> <p>Hut-Samt schwarz und farbig. Mtr. 63.-</p> <p>Mantel-Samt (Velours du Nord) 74 cm breit, Mtr. 98.-</p>	<p>Wirkwaren</p> <p>Schweiß-Socken grau-meliert. 6.25</p> <p>Herrn-Socken Baumwolle lederfarbig mit Längsstreifen. 11.50</p> <p>Herrn-Beinkleider echt Mako Blaukatze Mittelgröße. 60.75</p> <p>Herrn-Hemden echt Mako Blaukatze Mittelgröße. 82.75</p> <p>Damen-Strümpfe mit Doppelsohle, echt Mako-Baumw.,schwarz 12.75</p> <p style="text-align: center;">Fransen u. Volants</p> <p>Von der Mode bevorzugt Franse aus schwarz. Lacetband Breite 10 15 30 40 cm Mtr. 12.50 28.- 39.- 58.-</p> <p>Franse aus Cordonnnet-Seide Br. 10 15 20 25 45 cm 17.50 24.50 29.- 39.- 75.-</p> <p>Tüll-Volants weiß bestickt 100 cm breit. Mtr. 39.50</p> <p>Schwarze Tüll-Volants mit Metallstickerei 65 cm 40 cm Mtr. 70.- 49.-</p> <p>Seidentüll bestickt schwarz, 100 cm br., Mtr. 43.-</p>
---	---	---

Bettstellen

Bettstelle weiß lackiert 80x190 cm. 175.-

Bettstelle schwarz oder weiß 90x190 cm, mit Patentmatratze u. Messingverzierung mit Moltonbezug Wergpolst. a. Roll mit Federfüllung 60x80 cm. 325.-

Diwanbett 325.-

Kopfkissen 60x80 cm. 72.-

Deckbett mit Federfüllung 225.-

Bettfedern und Daunen in großer Auswahl

Matratzen aus Seegras, Indiasaser und Rohhaar in bewährten Qualitäten

Gardinen

Halbvorhang aus gewebt. Tüll 49.50

Halbvorhang aus Etamin mit Figuren-Fries breit gewebtem 89.-

Künstler-Garnitur ellenbrunfarbig aus gewebtem Tüll, dreiteilig. 82.-

Künstler-Garnitur aus Etamin mit gewebtem Fries, dreiteilig für 2 Betten, Bändchenarbeit oder ohne Volant. 143.-

Tüllbettdecke dunkelgrün in neuen Farbenzusammenstellungen. Mtr. 175.-

Madrasstoffe 50.-

Teppiche

Bouclé-Teppiche vorzügliche Qualität 170x 200x 240 cm 725.- 300 cm 1050.- 250x 300x 350 cm 1575.- 400 cm 2100.-

Axminster-Teppiche gute Qualität 170x 200x 240 cm 800.- 300 cm 1200.- 250x 300x 350 cm 1800.- 400 cm 2400.-

Bettvorleger Velours 55x114 93.- Axminster 130cm 150.- 150cm 350.-

* BERLIN C * KÜNIGSTRASSE * SPANDAUERSTRASSE *

	Bezirk																			
	1-6 Berlin	7 Charl.	8 Span.	9 Wilm.	10 Zehl.	11 Schön.	12 Stegl.	13 Temp.	14 Neut.	15 Arap.	16 Cöp.	17 Uchth.	18 Weiß.	19 Pant.	20 Rein.					
Einwohner (Est. 1919) in 1000	1907,5	325,0	104,0	158,0	33,0	219,0	146,6	60,6	279,4	89,0	57,0	184,0	54,5	94,4	92,5					
1. Verwaltungskosten (Kap. XI)	47,20	125,0	106,5	144,5	176,12	111,3	118,22	162,68	112,18	176,5	136,4	118,4	140,1	101,42	141,6					
2. Beleuchtung, Straßenreinigung, Park-, Friedhofswartung u. Begräbnungskosten (Kap. VIII)	41,83	34,78	26,80	46,50	98,70	26,30	38,70	54,60	30,7	48,0	24,7	32,4	28,4	32,20	37,67					
3. Unterricht (Kap. II)	92,15	104,80	82,8	122,4	139,0	88,80	111,0	141,0	58,5	107,7	52,4	67,7	70,0	93,58	100,2					
4. Allgemeine Wohlfahrt (Kap. V)	32,24	21,50	12,22	11,42	16,0	14,20	8,70	11,83	15,8	19,40	15,64	7,30	20,0	9,00	18,50					
5. Jugendwohlfahrtspflege (Kap. III)	26,2	30,0	1,84	18,00	5,50	4,50	6,15	9,30	10,5	10,25	5,80	11,88	16,0	8,0	8,0					
6. Volksbildung (Kap. X)	1,82	1,31	0,98	0,86	0,34	1,43	0,98	0,60	0,84	0,64	0,27	0,38	0,76	0,35	0,59					

Was befragen diese Zahlen?

1. Bei dem Vergleich der Ausgaben für die Verwaltungskosten sind die räumlichen Verhältnisse der einzelnen Bezirke zu berücksichtigen. Weit ausgedehnte Bezirke, die aus vielen Gemeinden gebildet worden sind, haben naturgemäß eine umfangreichere Verwaltungsarbeit zu leisten, als Bezirke, die aus einer, oder solche, die aus zwei auf engen Raum begrenzten Gemeinden geschaffen sind. Die Berliner Bezirke I bis VI scheiden bei dem Vergleich aus, weil der größere Teil ihrer Verwaltung von der Berliner Zentrale miterledigt wird. Der Bezirk Zehlendorf, der aus den früheren Gemeinden Zehlendorf, Nikolassee und Wannsee gebildet worden ist und dank seiner wohlhabenderen Bevölkerung ein geringeres Maß Verwaltungsarbeit zu leisten hat als ein ausgesprochener proletarischer Bezirk, marschiert mit 176,12 M. pro Kopf seiner Bevölkerung an der Spitze, während beispielsweise Panitzsch, ein Bezirk mit mehr proletarischer Bevölkerung und erhöhter Verwaltungstätigkeit in der Statistik nur 101,42 M. pro Kopf dieser Bevölkerung aufweist.

2. Im Kapitel 8, Beleuchtung, Straßenreinigung und Parkverwaltung, zeigt sich deutlich die Bescheidenheit der proletarischen Bevölkerung in ihren Ansprüchen an die Gemeinde gegenüber den wohlhabenderen Kreisen. Auch hier steht Zehlendorf mit 98,70 M. an erster Stelle, während Lichtenberg 32,4 M., Neukölln 30,7 M. und Spandau nur 26,80 M. verausgaben, obwohl diese Bezirke mit großstädtischem Charakter weit höhere Verpflichtungen auf dem Gebiete der Straßenbeleuchtung und Straßenreinigung haben, als der weniger verkehrreiche und minderbevölkerte Bezirk Zehlendorf.

3. In Kapitel: Unterricht zeigt sich besonders trotz der Unterschied zwischen den einzelnen Bezirken. Während Zehlendorf 139 M. verausgibt, weist der Etat für Neukölln nur 58,5 M. auf.

Auf dem Gebiete der allgemeinen Wohlfahrtspflege und Jugendpflege daselbe Bild. Obwohl in dieser Beziehung die Bezirke mit starker Arbeiterbevölkerung mehr Aufwendungen zu leisten hätten als die westlichen Bezirke, tritt diese Tatsache im Etat keineswegs in Erscheinung. Geradezu lächerlich sind indessen die Ausgaben für Volksbildung, wo die meisten Bezirke noch nicht 1 M. pro Kopf der Bevölkerung verausgaben.

Statistiken müssen gewiß mit Vorsicht genossen werden. Es mag sein, daß bei Aufstellung des Etats nicht alle Bezirke gleich streng die Richtlinien beachtet haben, die Berlin dafür ausgegeben hat. Möglicherweise hat der eine Bezirk Ausgaben in einem Kapitel untergebracht, die ein anderer Bezirk in einem anderen Kapitel verbucht hat. Immerhin sind die Unterschiede so groß, daß durch derartige kleine Verschiebungen das Gesamtbild keineswegs verändert werden könnte. Und dieses Gesamtbild lehrt mit zwingender Deutlichkeit, daß in den früheren selbständigen Gemeinden, in denen Sozialisten Einfluß auf die Verwaltung hatten, sparsamer gewirtschaftet worden ist, insbesondere auf dem Gebiete der Verwaltung, als in den Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit, wo noch dazu die „erfahrenen“ langjährigen Verwaltungsbeamten die Verwaltung beherrschten. Damit ist auch zugleich das alberne Gerede von den sozialistischen Disentanten in der Verwaltung einerseits und den bewährten bürgerlichen Verwaltungsbeamten andererseits seines wahren Charakters enthüllt.

Die Statistik lehrt aber noch ein anderes, weit Wichtigeres. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, des Unterrichts und der Volksbildung müssen, soweit die Bezirke mit Arbeiterbevölkerung in Frage kommen, in Zukunft weit höhere Anforderungen an die Gemeinden gestellt werden, als es bisher der Fall war. Höhere Mittel für diese Zwecke im Interesse der Arbeiterbevölkerung zur Verfügung zu stellen, wird erst möglich sein bei Festsetzung des nächstjährigen Etats, dessen Vorbereitungen von den einzelnen Bezirken bereits in Angriff genommen sind. Die inzwischen in die Verwaltung eingetretenen Sozialisten werden auf Grund der praktischen Erfahrung, die sie mit dem mangelhaften diesjährigen Etat gemacht haben, alles aufbieten, um den berechtigten Forderungen der arbeitenden Schichten gegenüber der Gemeinde in den Fragen der Wohl-

fahrtspflege, der Jugendbildung, des Unterrichts und der Volksbildung etatsmäßige Anerkennung zu verschaffen. Infolge der Etatwirtschaft wird somit die Tätigkeit der Sozialisten in der Verwaltung in ihrem vollen Werte erst im nächsten Jahre zum Ausdruck kommen können, vorausgesetzt natürlich, daß den Sozialisten in der Verwaltung eine sozialistische Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zur Seite steht. Andernfalls wird die Benachteiligung der arbeitenden Bevölkerung gegenüber den wohlhabenderen Kreisen durch die Stadt Berlin in noch stärkerem Maße, als es früher der Fall war, erfolgen, ganz zu schweigen von der Verteilung der Lasten zur Aufbringung der erforderlichen Mittel. Eine bürgerliche Mehrheit wird natürlich bestrebt sein, bei Aufbringung der erforderlichen Steuern den Grundbesitz und die wohlhabenderen Kreise zu schonen, um die arbeitenden Schichten desto mehr zu belasten. Den Arbeitern und Arbeiterinnen, die nun nicht erkennen, wie notwendig in ihrem eigenen Interesse die Bildung einer sozialistischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung ist, die den Wahlen gleichgültig gegenüberstehen, ist nicht zu helfen; sie sind nur zu bedauern.

25. Ortskrankenkassentag

Hannover, 22. August 1921.

Bei der Fortsetzung des Verbandstages wird zunächst eine Zuschrift des Verbandes der Kriegsblinden zur Verlesung gebracht, die besondere Vergünstigungen, insbesondere Neubetritt zu den Kassen ohne ärztliche Untersuchung, wünscht. Frähdorf antwortet, daß die Kassen die gesetzlichen Bestimmungen einhalten müssen, daß aber Entgegenkommen, soweit es überhaupt möglich ist, zugelegt wird.

Sobann wird über das

Reichsversorgungsgesetz und die Krankenkassen

gesprochen. Das einleitende Referat hält Geschäftsführer Julius Kohn, Berlin. Durch das Gesetz ist den Krankenkassen die Krankenfürsorge für die Kriegsbeschädigten übertragen worden, und zwar auch für solche, die nicht gegen Krankheit versichert sind. Dazu ist ein enges Hand-in-Handarbeiten mit den Versorgungsämtern notwendig, das aber oft sehr zu wünschen übrig läßt. Zur Gleichstellung der nicht versicherten Kriegsbeschädigten mit den versicherten ist eine Änderung des Reichsversorgungsgesetzes notwendig. Eine vorgelegte Entschließung stellt die einschlägigen Forderungen auf. Danach soll in Zukunft den Krankenkassen die Fürsorge für die zugewiesenen Nichtversicherten nur zum Teil übertragen werden und zwar soweit, als die Krankenpflege (ärztliche Hilfe und Heilmittel) in Frage kommen. Die Beiträge, also namentlich die Krankengelder, sollen vom Versorgungsamt selbst geleistet werden. Auch das Abrechnungswesen läßt noch viel zu wünschen übrig. Die verschiedenen Versorgungsämter arbeiten viel zu langsam. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die Regelung der Anstellungsbedingungen der Kassenaufgestellten. Referent ist der Vorsitzende der Ortskrankenkasse Breslau, Schollh.

Landtagsabgeordneter Meyer, Solingen, spricht Sobann über die

Neuregelung des Hebammenwesens.

Er geht darauf ein, daß die Mutterschaftsfürsorge erst eine Einrichtung der neuesten Zeit sei, geboren aus den Kriegswirkungen. Man müsse darauf hinweisen, daß bis vor kurzem jährlich Hunderttausende von Wöchnerinnen im Deutschen Reich in ihrer schweren Stunde keine Hebamme zur Hilfe hatten. Noch größer sei die Zahl der Kinder, die bei der Geburt oder bald darauf versterben. An Hebammen selbst fehlt es nicht. In Großstädten sind sogar mehr vorhanden, als nötig ist. Auf dem Lande fehlt es oft an solchen. Wir müssen fordern, daß die Geburts-hilfe völlig unentgeltlich für die Wöchnerin werde. Auch die Ausbildung der Hebammen müsse verbessert werden. Unerlässlich sei, daß die Hebammen in ihrer Tätigkeit eine Erstinstanz finden, also ihren Beruf nicht nebenher ausüben brauchen. Eine Streitfrage sei es noch, ob die Hebamme zur Beamtin werden soll. Man könne das hiermit verfolgte Ziel auch auf anderem Wege erreichen. Am besten sei es, den Hebammen einen festen Grundgehalt und für jeden Geburtsfall besondere Zuschläge zu zahlen. Als Aufsichtsstellen sind bezirksweise Kreishebammenstellen einzuführen. Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens, lehnen aber inwieweit auch landesgesetzliche Regelung nicht ab. In Preußen hat es die bürgerliche Mehrheit des Landtages verhindert, daß wir ein Gesetz hierüber haben. Eine vorgelegte Entschließung hält die durchgreifende Neugestaltung des Hebammenwesens aus sozialen Gründen für eine dringende Not-

wendigkeit. Die Zahl der Hebammen muß in allen Landesteilen gleich sein. Weitere Richtlinien in der Entschlieung regeln nähere Organisationsfragen. Mögen sich auch, so schließt Redner, die Kräfte gegen die Neuregelung des Hebammenwesens wenden, wir müssen den Kampf anführen.

Hebamme Fischer aus Neukölln tritt ebenfalls nachdrücklich für die gesetzliche Regelung des Hebammenwesens ein. Sie schildert insbesondere die bedürftige Lage, in der sich manche Hebammen auf dem Lande befinden. Es sei nicht zu verstehen, daß für sie bis jetzt noch nicht mehr gesehen sei. Nach weiterer Aussprache wird die Entschlieung einstimmig angenommen und die weitere Verhandlung vertagt.

Hannover, 23. August 1921.

Zu Beginn der heutigen Verhandlungen (3. Tag) wird mitgeteilt, daß 500 Kassen mit 6 1/2 Millionen Mitglieder durch 184 Beigeber, 385 Versicherte und 395 Angestellte vertreten sind, außerdem eine Anzahl Gäste.

Der wichtigste Verhandlungsgegenstand ist heute die Arznei- und Heilmittelversorgung der Kassen.

Den einleitenden Vortrag hält Lehmann-Dresden. Die Kassen klagen über gewaltig gestiegene Kosten der Arznei- und Heilmittel. Die Ursachen der Verteuerung liegen in den Kriegswirkungen. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Kosten zu mindern, sind zu fördern. Vor allem ist dem ungerechtfertigten Ansteigen der Preiserhöhungen entgegenzutreten. Maßnahmen der Behörden gegen den Arzneiwucher haben sich als unwirksam erwiesen. Von 1914 zu 1920 sind die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel der Krankenkassen von 3,80 auf 22,50 Mark je Mitglied gestiegen. Man hat viel von der Sozialisierung des Apothekerwesens gesprochen. Jetzt ist es recht still davon geworden. Man darf nicht warten, bis die Apothekenzentrale einmal kommt, sondern selbst schon Abwehrmittel ergreifen. Der Arzt hat eine große Machtposition in der Verschreibung von ArzneimitteIn. Er muß deshalb einer gewissen Kontrolle unterworfen werden. Damit sind auch schon manche Ersparnisse gemacht worden. Es gibt billige Heilmittel, welche die gleiche Wirkung haben wie teure. Der Apotheker ist Kleinhändler und er muß die Preise zahlen, die von der Preissteigerung des Großhandels angesetzt werden. Redner zeigt an einzelnen Beispielen, wie aus gewöhnliche Verbandsmittel, mit denen die Apotheken gar keine Arbeit haben, mit Ausschlägen von 50-100 Prozent veräuert werden. Redner legt eine Entschlieung vor, nach der Selbstkosten der Kassen durch eigenen Bezug der Heilmittel empfohlen und eine Reihe Maßnahmen von der Gesetzgebung gefordert werden. Der gesamte Verkehr der Apotheken-Handverkauftartikel ist freizugeben. Apotheken sollen gemeinsam von Krankenkassen und Gemeinden betrieben werden. Man stimmt der Entschlieung einstimmig zu.

Es äußert sich noch zu der Heilmittelfrage Apotheker Linars-Breslau. Er ist mit der Entschlieung im allgemeinen einverstanden und tritt namentlich für Aufklärung des Publikums ein. Frähdorf-Dresden weist nochmals eingehend die Vorteile der Heilmittel-Vertriebsgesellschaft des Hauptverbandes der Ortskrankenkassen dar. Es handele sich dabei nicht um ein gewöhnliches Unternehmen, sondern um eine Einrichtung von und für Versicherte. In Bayern bestehe eine ähnliche Einkaufsgesellschaft der Kassen. Lehmann-Dresden bittet, es zu ermöglichen, daß die bayrische Einkaufsgesellschaft mit der des Hauptverbandes zusammenarbeite. Es folgt eine Änderung der Verbandsstatuten. Als Mitgliedsbeitrag zum Hauptverband sind jährlich 7 % von jedes Kassenmitglied zu zahlen. Von der Neuwahl des Verbandsvorstandes wird abgesehen, da die meisten Kassen noch nicht die Neuwahl der Kassenglieder vorgenommen haben. Sie soll im nächsten Jahre nachgeholt werden. Als Orte für die nächstjährige Tagung werden Karlsruhe und München vorgeschlagen. Die Mehrheit der Versammlungsteilnehmer erklärte sich für Karlsruhe. Es soll indes der Hauptvorstand die endgültige Entschlieung treffen. Mit einer Schlussansprache des Verbandsvorsitzenden Frähdorf wird die Tagung beendet.

Die „Reinigung“ der russischen kommunistischen Partei

R. P. In einem Artikel gibt die Moskauer „Pravda“ interessante Angaben über die neueste Zusammenlegung der Mitglieder der kommunistischen Partei Russlands. Sie weist darauf hin, daß der soziale Charakter der Partei sich im letzten Jahre wesentlich geändert hat. So betrug im Jahre 1920 die Zahl der Arbeiter und Handwerker 59 Prozent der Gesamtmitgliedszahl, am 1. August dieses Jahres betrug die Anzahl der Arbeiter und Handwerker nur 42 Prozent der Gesamtzahl. „Seit der Oktoberrevolution“, schreibt die „Pravda“ mit Rummel dazu, „begannen sich nichtproletarische Elemente unter dem Aushängeschild von Sowjetbeamten in unsere Partei einzudrängen. Unsere Partei hat durch die neue soziale Zusammenlegung ihren ursprünglich proletarischen Charakter verloren.“

Was für Zustände in der kommunistischen Partei herrschen, kann man aus folgenden Ausführungen der „Pravda“ sehen. „Schreibt in demselben Artikel: „Wegen der großen Zahl derer, die sich aus egoistischen Motiven in die Partei eingeschlichen haben, wurde eine großzügige Reinigung vorgenommen. Das Ergebnis derselben war der Ausschluß von 41 260 Mitgliedern, was 21 Prozent der Gesamtmitgliedschaft der kommunistischen Partei Russlands ausmacht.“ Die Dinge sind so weit gediehen, daß sich das Zentralkomitee in Moskau gezwungen sah, ein besonderes Ausschlußbureau zu gründen, das alle Angelegenheiten, die mit dem Ausschluß von Mitgliedern im Zusammenhang stehen, zu erledigen hat.

Die sparsame Hausfrau

verwendet im Haushalt nur die täglich frisch hergestellte und gelieferte erstklassige

Bolle-Margarine

da dieselbe vorzüglich im Geschmack und sehr ergiebig ist. Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften und in unseren Verkaufsstellen.

Meierei G. Bolle
Alt-Noabit 98/103

Groß-Berlin

Säuglingsfürsorge

H. E. K. Bereits vor sechzehn Jahren wurde in Berlin mit der Einrichtung von Säuglingsfürsorgestellen begonnen, aber erst im Verlauf des Krieges und noch mehr danach fing man an, sich mehr um diese entscheidende Frage der Volksgesundheit zu kümmern.

Die beratende Tätigkeit der Säuglingsfürsorgestellen ist darum von entscheidender Bedeutung, und es kann nicht nachdrücklich genug jeder Mutter aus Herz gelegt werden, diese Einrichtung auszunutzen.

Immer wieder kein Platz

Es ist die ständig wiederholte Klage. Man hört sie bei allen Familien ebenso wie bei Behörden: Kein Platz! Der schlimmste Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten läßt eine Ausdehnung der sozialen Arbeit nicht zu, und die Stadt ist nicht in der Lage, diese Stellen im Wedding befindet, dem ärmsten Bezirk von Berlin.

Säuglingsfürsorge VIII.

Die folgenden Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Im Erdgeschoß ist eine große Halle, die als Garderobe dient. Hier werden die Kinderwagen untergestellt und beaufsichtigt, während in den übrigen Stellen sich ein solcher Raum nicht findet.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

Die folgende Eindrücke habe ich in der Badstraße gewonnen, wo die neueste und bestausgestattete Fürsorgestelle liegt. Sie erst im Jahre 1914 fertiggestellt, und ihre schönen Einrichtungen lassen sie als vorbildlich erscheinen.

und Krankheitsrisiko ansteigt, fällt der große Anstieg von 1920 auf, der dann ganz plötzlich abfällt. Ach! Diese Abnahme ist nicht der Beweis einer Gesundung. Sie zeigt nur den Rückgang der Geburten, den zunehmenden Verlust unseres wertvollsten Kapitals, unserer Volkskraft.

Die Einrichtungen in der Badstraße sind recht schön, die Ärzte, unterstützt von einer Anzahl Augenbeamten, die die Kinder zu Hause aufsuchen, geben sich die größte Mühe. Anderswo ist es schlechter. Aber selbst wenn es besser wäre — es ist immer zu wenig, alles zu wenig, wo es die Zukunft der Menschheit gilt!

Monarchismus bei der Reichspost

Ein Vorfall, der sich kürzlich auf dem Postamt SW. 77, Rudenwader Straße, zugetragen hat und der uns von einem Augenzeugen mitgeteilt wird, läßt erkennen, daß es auch unter den Postbeamten Leute gibt, die sich zwar sehr gern von der Republik anstellen und bezahlen lassen, aber dadurch nicht daran gehindert werden, bei jeder Gelegenheit gegen diesen Staat zu kämpfen.

Im Verlaufe einer politischen Debatte, wie sie sich bei der Unterhaltung über die gegenwärtigen Verhältnisse sehr leicht entspinnt, machte sich der Postbetriebsassistent U. dadurch bemerkbar, daß er besonders auf die gegenwärtigen Verhältnisse schimpfte und erklärte, daß das jetzige Gehalt nicht ausreicht, um den nötigen Lebensunterhalt zu bestreiten und was dergleichen Neuerungen mehr sind. Als ihm von einem untergebenen Posthilfsschaffner im Laufe dieser Debatte vorgehalten wurde, wieviel Millionen man dem ausgerissenen Wilhelm nach Holland nachgeschickt hat und dabei einige nicht eben höfliche Bemerkungen über den geldwütigen und keuschen Hohenzollern fielen, rüzte der schneidige Betriebsassistent auf den Posthilfsschaffner zu und schlug ihn mit der Hand ins Gesicht.

Über das Benehmen des Betriebsassistenten U. wird von den Beamten dieses Postamtes allgemein geklagt. Der Herr belästigt sich nicht nur in seiner politischen Meinung als Monarchist, sondern er sucht auch den übrigen Beamten gegenüber fortgesetzt den früheren preussischen Kaiser nach wieber einzuführen. Vielleicht nimmt die vorgelegte Dienststelle Veranlassung, solche Leute darüber aufzuklären, daß inzwischen eine andere Zeit angebrochen ist und Deutschland Gott sei Dank aufgehört hat, ein einziger Kasernehof zu sein.

Die Ungezieferplage in Berlin

Seit vielen Jahren wurden nicht so viele Klagen laut über Ratten, Wanzen, Mäuse, und andere Ungezieferplagen, wie in diesem Jahre. Die Klagen sind gewiß nicht unbegründet und zum Teil auf das abnorme Wetter, die Zunahme der Kleintierzucht in Berlin, die große Wohnungsnot, die Zunahme der Unsauberkeit in zahlreichen Häusern und auf die hohen Preise für Gift und Insektenspulver usw. zurückzuführen.

Zuher führten viele Berliner ein Komadenleben. Alle Vierteljahr wurde umgezogen. Die Wohnungen wurden gründlich renoviert, Ratten- und Mäusegitter war präpariert. Ljöl und Insektenspulver konnten bald beschafft werden; Kleintiere wurde wenig gehalten; Ratten und Mäuse fanden nicht so leicht und so viel Nahrung in den Häusern wie heute, wo überall Kaninchen, Meerschweinchen, Fühner, Tauben, Hunde, Katzen, Fiegen, Schweine, Vögel und anderes Vieh gehalten wird.

Alle diese Erscheinungen und ihre unangenehmen und gesundheitsschädlichen Folgen müssen energisch bekämpft werden, wenn nicht erst ernsthafte Seuchengefahr entstehen soll.

Die kommunistische Einflucht!

Die „Rote Fahne“ bezieht sich, in ihrer gestrigen Abendausgabe den in der Sonnabendmorgensnummer der „Freiheit“ behandelten Prozeß gegen die Wohnungsnachweisbetrüger ebenfalls zu glorifizieren. Dabei entfährt dem „Röden“, das den Groß-Berliner Teil „bearbeitet“, folgender spöthastischer Satz:

„Schwindel natürlich nur an den wohnungsuchenden Proletariaten, denen die Profitrate aus der Tasche geholt wird, ohne daß sie die verpöschene Wohnung erhalten.“

Die Profitrate ist ein Ding, das bekanntlich der Kapitalist aus der Arbeit der Proletarier herausholt. Aber solche ökonomischen Grundbegriffe braucht ein Kommunist nicht einmal zu kennen, wenn er Redaktur des Zentralorgans ist. Wenn er nur schimpfen kann, zu wissen braucht er nichts!

Wie kann man sich nur so lächerlich machen?

Die Jahresspreismäßigung für Krankenkassenmitglieder

Die ständige Tarifkommission im Reichsverkehrsministerium hatte beschlossen, ab 1. August 1921 die den Mitgliedern von Krankenkassen und Versicherten sonstiger Versicherungsträger bisher gewährte Jahresspreismäßigung bei Einweisung in Sanatorien, Heim- und Heilstätten, ebenso für Reisen zu Badeorten, nicht mehr zu gewähren. Vom Verband der Krankenkassen war im Anschluß an die Veröffentlichung dieses Beschlusses an den Herrn Reichsverkehrsminister das höchste Ersuchen gerichtet worden, in eine Prüfung der Angemessenheit einzutreten, um eventuell die Wiedereinführung dieser Jahresspreismäßigung in die Wege zu leiten. Begründend wurde ausgeführt, daß eine ganze Reihe mittlerer und kleinerer Kassen es sich in den letzten Jahren haben angelegen sein lassen, ihre erkrankten Mitglieder in solche außerhalb Berlins gelegenen Badeorte, Heilstätten usw. zu verlegen, daß die Fahrtkosten nicht von den Mitgliedern, sondern von den Krankenkassen getragen wurden, und daß bei Wegfall der Jahresspreismäßigung angesichts der an und für sich schon gestiegenen Fahrpreise diese Kassen es sich reichlich überlegen müßten, ob sie die Einweisung ihrer erkrankten Mitglieder nach wie vor in gleicher Zahl aufrechterhalten könnten. Zweifellos steht fest, daß durch den Wegfall der Jahresspreismäßigung der Volksgesundheit ein erheblicher Schaden erwachse, der letzten Endes auch wieder auf das Reich zurückfalle.

Auf dieses Ersuchen ist jetzt der Entschluß des Reichsverkehrsministers bei dem Verband der Krankenkassen eingegangen. Begründend heißt es in diesem Entschluß:

„Die Jahresspreismäßigung für Mitglieder von Krankenkassen und Versicherte der Versicherungsanstalten wird vom 1. August 1921 ab nicht mehr gewährt.“

Infolge der sehr ungünstigen Finanzlage der deutschen Reichseisenbahnen mußte eine Ueberprüfung der sämtlichen im Tarif vorgesehene Jahresspreismäßigungen erfolgen. Das Ergebnis dieser Prüfung durch die ständige Tarifkommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen ist die Aufhebung mehrerer Jahresspreismäßigungen, so auch der von Mitgliedern von Krankenkassen und an Versicherte der Versicherungsanstalten gewährt.

Mahgebend für den Beschluß der ständigen Tarifkommission war insbesondere die Erwägung, daß das Jahrgeld für die Versicherten im Verhältnis zu den Kosten für die Unterkunft und Verpflegung in auswärtigen Heilanstalten, Erholungsheimen usw. nicht ins Gewicht fällt. Für die Eisenbahnverwaltung aber ist der etwa 8 Millionen Reichsmark betragende Ausfall von großer Bedeutung. Es kommt hinzu, daß infolge der andauernden Festlegung der Einkommensgrenze der versicherungspflichtigen Angestellten der Kreis der Personen, die Anspruch auf Ermäßigung hatten, wesentlich erweitert und auf Personen ausgedehnt worden ist, die nicht als bedürftig in dem Sinne angesehen werden können, daß die Eisenbahnverwaltung mit Jahresspreismäßigungen eingzugreifen verpflichtet wäre.

Zudem kann es nicht Aufgabe der Eisenbahn sein, die Krankenkassen und die Versicherungsanstalten, deren Werten auf ge-

sehtlicher Grundlage beruht, in so weitgehendem Maße zu unterstützen, wie dies durch die bisherige Tarifbestimmung gescheh, zumal wenn die Eisenbahn selbst mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Nach Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände habe ich keinen Anlaß finden können, die Durchführung des Beschlusses der ständigen Tarifkommission zu beanstanden.

Ich bemerke noch, daß die Jahresspreismäßigung für mittellose Personen und deren Kinder bei der Aufnahme in öffentlichen Krankenhäusern usw. auch ferner unter den bisherigen tarifrechtlichen Voraussetzungen gewährt wird.

Im Auftrage: (323) Unterschrift.

Da ein derartiger Entschluß erzwungen wurde, hatte es sich der Verband der Krankenkassen Groß-Berlins angelegen sein lassen, an die Reichstagsfraktionen der jetzigen Regierungskoalition ähnliche Gesuche zu richten und ihnen Kenntnis zu geben von dem beim Reichsverkehrsminister unternommenen Schritt. Es wird beim Reichsverkehrsminister unternommenen Schritt. Es wird beim Reichsverkehrsminister unternommenen Schritt. Es wird beim Reichsverkehrsminister unternommenen Schritt.

Vollzeiterordnung über die Polizeistunde

Auf Grund des § 10, Titel 17, Teil 2 des Allgemeinen Landrechts für die preussischen Staaten vom 5. Februar 1794, der Paragraphen 2, 5, 6, 11, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, der Paragraphen 43, Abs. 3, 137, 139, 143, 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juni 1883, auf Grund des Gesetzes vom 27. April 1920 über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin verordnet ich für den Polizeibezirk Berlin folgendes:

§ 1. Für Vergnügungsparks (sogenannte Rummelplätze) wird die Polizeistunde in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September auf 19 Uhr, in der Zeit vom 15. September bis 30. April auf 8 Uhr abends festgesetzt. Für einzelne dieser Unternehmungen kann durch Verfügung des Polizeipräsidenten die Polizeistunde bis 10 1/2 Uhr abends verlängert werden.

§ 2. Für Theateraufführungen und alle Darbietungen, welche bei gemerbemäßiger Ausübung einer Erlaubnis aus § 332 der Reichsgewerbeordnung bedürfen, sowie für alle Klavierkonzerte, wird die Polizeistunde auf 11 1/2 Uhr festgesetzt.

§ 3. Für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sowie für Kaffeehäuser wird die Polizeistunde auf 1 Uhr festgesetzt. Betriebe der vorhergenannten Art dürfen nicht vor 6 Uhr morgens für das Publikum geöffnet werden. Ausnahmen hiervon können bei dringendem Bedürfnis durch Verfügung des Polizeipräsidenten unter Vorbehalt der sofortigen Wiedereinstellung bewilligt werden.

§ 4. Erweist sich der Unternehmer eines der in den Paragraphen 1—3 bezeichneten Betrieben in der Ausübung seines Gewerbes als unzuverlässig oder ergebnislos in seiner Geschäftsführung, Unzuverlässigkeit für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung, so kann die Polizeistunde für seinen Betrieb durch Verfügung der Polizeibehörde bis auf 10 Uhr abends herabgesetzt werden.

§ 5. In einzelnen besonders gearteten Ausnahmefällen, insbesondere der Wohlthatigkeitsveranstaltungen, kann die Polizeistunde über den in Paragraphen 1—3 bezeichneten Rahmen, jedoch nicht über 2 Uhr nachts hinaus verlängert werden. Handelt es sich um Wohlthatigkeitsveranstaltungen, so ist die Verlängerung von der auf Grund der Bundesratsverordnung betreffend die Kreiswohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 vorher eingeholten Genehmigung abhängig.

§ 6. Alle die Festsetzung der Polizeistunde anders regelnden Verordnungen und Bekanntmachungen werden aufgehoben.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem 1. September 1921 in Kraft.

Brü. Heute finden an jeder Schule die Elternbeiratswahlen statt. Eltern! Verachtet eure Pflicht nicht! Jeder stimmt für die Liste I. Alle Genossen, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, machen sich im Lokal Schreiber, Chausseestr. 58.

Proffartenkühnwort. In der Woche vom 29. August bis 4. September 1921 darf Brot und Mehl nur auf die Proffarten abgegeben und entnommen werden, deren Adressen das Stichwort „A. Bertheim, Wäscheverkauf“ tragen.

Die Milchkarten für Oktober 1921 werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben, und zwar in Berlin für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Montag, den 12., Dienstag, den 13., und Mittwoch, den 14., für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Donnerstag, den 15., Freitag, den 16., und Sonnabend, den 17. September 1921. Ferner gelangen Karten für werdende Mütter (A-Karten) und zwar durch die Proffartenkommission zur Ausgabe. Die A- und A II-Kinderkarten erhalten je 1/2 und die B I- und B II-Kinderkarten, sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) je 1/2 Liter Milch täglich. Die auf Milchkarten zu verbrauchende Milch ist zu dem verbilligten Milchpreise von 8 M. pro Liter an die Bezugsberechtigten abzugeben. Den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen ausstehen, sind sämtliche Milcharten an einem Tage zu verabfolgen. Die Inhaber von Milchkarten haben die Oktober-Milchkarten bis zum 28. September 1921 einschließlich dem Kleinhandler vorzulegen. Die Milcharten können in allen A—D, Gem.-Milchgeschäften, sowie in sämtlichen Kuhställen zur Anmeldung gebracht werden.

Die Verbrechen des Lustmörders Grohmann. Von den Mädchen, die bei dem Mörder als Wirtschaftsrinnen sich einige Tage aufhalten hatten, sind drei ermittelt worden. Sie wurden gestern verhört und dem Verhafteten gegenübergestellt. Eines dieser Mädchen gibt an, daß ihr Grohmann einmal die Finger in den Hals gesteckt hätte, und sie sich nur dadurch habe retten können, daß sie den sonst ziemlich schwachen Menschen von sich gestoßen habe. Auch diese Mädchen hatte er wie die ermordete Kluge, alle gefesselt. Bei der Gegenüberstellung kam es zu erregten Auseinandersetzungen, da Grohmann den Aussagen der Mädchen ständig widersprach, endlich aber, als er sah, daß seine Auslagen unglaubwürdig waren, erklärte er dann, dann müßte es schon so stimmen, wie die Mädchen auslagen. Für alle Beschuldigungen hat er aber sofort Erklärungen zur Hand, die aber stets frei erunden sind. So will er dem Mädchen die Finger auf deren Halslangen in den Mund gestochen haben, weil diese Beschuldigung gehabt habe. Das Mädchen leidet heute noch an den Verletzungen, die es dabei erlitten hatte. Obwohl eine Vorführung des Verbrechens an den Tatort zur weiteren Aufklärung seiner Angaben von Vorteil wäre, so hat man bisher jedoch davon abgesehen.

Der Raubmord bei Chorinschen, dem der Holzhändler Seefeld zum Opfer gefallen ist, beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Die Ermittlungen der beiden inhaftierten Beamten haben ergeben, daß der Täter ein junger Mann von etwa 22 bis 24 Jahren ist, der in der Herberge zur „Licht“ in Tempin sich aufhalten und dort Richard Löwe als Richard Cerneau genannt hat. Er ist zuletzt am 26. d. M. gesehen worden, als er früh morgens in der Richtung nach Rüttenberg demontierte. Bei ihm trug er ein Paket, das das Aussehen eines Kartons hatte. Die in dem Paket verpackte Uhr hat der Täter bei einem Geschäftsmann in Tempin veräußert, die Nordwalde, eine Armeeoffiziere, hat er in der Herberge zurückgelassen.

Gewerkschaftliches

Freie Gewerkschaft oder Harmonieverband

Die Wahl der Befugter zum Berliner Kaufmannsgericht am heutigen Sonntag nimmt insofern das Interesse der breiteren Öffentlichkeit in Anspruch, als es sich hierbei nicht nur um die Besetzung des Kaufmannsgerichts, sondern um die Ausprägung tiefgehender grundsätzlicher Auffassungen handelt. Es dreht sich darum, festzustellen, ob die verschiedenen Gruppen von Angestellten in sich einzig, gemeinsamen Zielen zustreben, das gemeinsame Interesse der Hand- und Kopfarbeiter betonen wollen oder ob sie die Ideenwelt des Unternehmertums akzeptieren. Kurz gesagt, ob sie auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stehen und diese verteidigen oder die sozialistische Wirtschaftsordnung als eine höhere Form anerkennen und erstreben. Hierbei stehen sich als Kämpfer in der Hauptsache gegenüber der Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband (D.H.B.) als der Vertreter einer überlebten Vergangenheit, dem als Anhängel der Deutsche Bankbeamtenverband und der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten folgen, während sein Gegner der Zentralverband der Angestellten ist, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Dazwischen pendelt der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der sich nach dem Kriege aus verschiedenen Harmonieverbänden gebildet hat, die bis dahin gewerkschaftliche Nachmittels und Tarifverträge für Angestellte ablehteten, weil sie immer noch an ein „Vertrauensverhältnis“ zwischen Chef- und Angestellten glaubten. Der Deutschen nationale Handlungsgehilfen-Verband führt sich lediglich als Vertreter der Kaufmannsgehilfen und ist Gegner einer organisatorischen sowie rechtlichen Einigung der verschiedenen Angestelltengruppen.

Der Zentralverband der Angestellten fordert ein in den Grundzügen einheitliches Arbeitsrecht und den Ausbau der Kaufmannsgerichte zu Arbeitsgerichten für alle Lohnarbeiter, wobei besondere Kammern für Angestellte zu bilden wären. Die technischen Angestellten, die hauptsächlich durch den freigewerkschaftlichen Bund der technischen Angestellten und Beamten vertreten werden, fordern gleichfalls diese Arbeitsgerichte und ein einheitliches soziales Arbeitsrecht. Bisher hat die Gesetzgebung arbeitsrechtlich die technischen und kaufmännischen Angestellten getrennt und die Techniker, soweit sie eine bestimmte Gehaltsgrenze nicht überschreiten, den Gewerbeurteilen der Arbeiter zugewiesen.

Zum ersten Male dürfen sich an der Berliner Kaufmannsgerichtswahl auch die Handlungsgehilfen, also Frauen und Mädchen, als Wähler beteiligen, wogegen bisher das Wahlrecht nur den männlichen Handlungsgehilfen zustand. Der D.H.B. hat das Wahlrecht der Frauen bisher prinzipiell bekämpft. Noch im Jahre 1917 unterzeichnete er Eingaben an den Deutschen Reichstag und an den Preussischen Landtag, in denen er verlangte, daß den Frauen das Wahlrecht zu den Gemeinden und den parlamentarischen Körperschaften unter allen Umständen verweigert bleiben müsse. Da der D.H.B. sonst so gern betont, daß er politisch neutral sei, hätte man annehmen müssen, daß ihm die Frage des politischen Wahlrechts für Frauen gleichgültig sei. Die von ihm bisher ausgesprochene Ablehnung des politischen Frauenwahlrechts entspricht aber ganz seiner politischen Richtung. Mit diesem D.H.B. hat nun der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (B. w. A.) vor einiger Zeit ein Bündnis geschlossen, und bei der bevorstehenden Kaufmannsgerichtswahl wird dieser B. w. A. versuchen, seine weiblichen Mitglieder dem D.H.B. als Wähler zuzuführen; denn die Handlungsgehilfen sind wohl nicht wahlberechtigt, können aber nach den bisherigen Vorschriften als Kaufmannsgerichtsbeisitzerinnen nicht gewählt werden. Diese Verbindung des D.H.B. mit dem B. w. A. erklärt sich daraus, daß beide den gleichen politischen Tendenzen huldigen. Wenn der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten wirklich eine Organisation zur besonderen Wahrnehmung der Interessen der erwerbstätigen Frauen im Handelsgewerbe wäre, könnte er sich unmöglich zu einem solchen Bündnis mit dem D.H.B. hergeben. Von dem, was der Zentralverband der Angestellten seit Jahrzehnten fordert und in der letzten Zeit, nachdem sich seine Mitgliederzahl immermehr vergrößert, zum Teil praktisch durchgeführt hat, haben ihm der D.H.B. und der G. d. A. einige Neuheiten abgedeckt. Tatsächlich denken jedoch die dem Zentralverband der Angestellten bei der bevorstehenden Wahl als Konkurrenten gegenüberstehenden Verbände gar nicht daran, sich innerlich und ihrem Wesen nach in derselben Richtung zu entwickeln wie der D.H.B.; im Gegenteil, sie versuchen die Entwicklung, die die Angestelltenbewegung in den letzten Jahren genommen hat, nach rückwärts zu treten. Der D.H.B. entlarvt sich dabei insofern, als er in einem Flugblatt erklärt hat, infolge des Revolutionsstellers seien dem J. d. A. große Mitgliedermassen zugeflossen. Der unverkennbare Fortschritt der Angestelltenbewegung in den letzten Jahren ist dem D.H.B. also nicht etwas Begriffsverwechslung, sondern etwas, was er als verächtlich ablehnen und bekämpfen muß.

Für die Berliner Handlungsgehilfen und -gehilfen geht es nunmehr um die Entscheidung, ob sie den führenden Platz, den sie bisher in der Angestelltenbewegung eingenommen haben, auch in Zukunft behaupten wollen. Von Berlin aus ist der Gedanke der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung zuerst in das Reich hinausgegangen; in Berlin sind zuerst gewerkschaftliche Kämpfe geführt worden; Berlin hat den Angestellten im Reich vielfach als Muster gedient. Diesen Platz, den die Berliner Angestellten sich unter der Führung des Zentralverbandes der Angestellten erworben haben, werden sie auch in Zukunft einnehmen.

Bei dem Kampf um das Kaufmannsgericht Berlin handelt es sich in der Tat um einen Kampf, um die Vorherrschaft im Handlungsgehilfenstand, wie das auch der D. H. B. behauptet. Er wird sich dadurch den Ausschlag dieses Kampfes übergeben müssen,

daß das Rad der Zeit sich nicht wieder rückwärts drehen läßt, daß seine mittelständlerische, kapitalistische Ideenwelt endgültig dem Untergang geweiht ist und daß der Sieg dem Zentralverband der Angestellten zufällt, der die Angestellten aus der bisherigen Lohnsklaverei befreien und sie einer Wirtschaftsordnung zuführen will, in der nicht das Kapital regiert, sondern der arbeitende Mensch über dem toten Kapital steht.

Alle männlichen und weiblichen Handlungsgehilfen, die proletarisch denken und fühlen, wählen am Sonntag, den 28. August, die Liste

Zentralverband der Angestellten (Zfa)

Handlungsgehilfinnen, Handlungsgehilfen!

Heute fällt die Entscheidung. Es gilt, das Kaufmannsgericht durch klassenbewußte Angestellte zu besetzen, damit die Entscheidungen desselben von sozialem Geiste getragen sind. Deshalb gibt jeder Kaufmannsgerichtswähler (männlich und weiblich) seine Stimme der freigewerkschaftlichen Liste

Zentralverband der Angestellten (Zfa)

Auf zur Wahl! Auf zum Sieg!

Das Zentralwahlbureau des Zentralverbandes der Angestellten befindet sich im Ortsbureau in der Belle-Alliance-Str. 7/10. Es ist am Sonntag, den 28. August, von morgens 8 Uhr ab, geöffnet. Kolleginnen und Kollegen, die sich an den Wahlarbeiten beteiligen wollen, melden sich im Wahlbureau, soweit sie nicht eine direkte Mitteilung erhalten haben.

UGPD-Funktionäre der städtischen Betriebe

Am Mittwoch, den 31. August, abends 7 Uhr, findet in den Sophienböden, Sophienstraße 17-18, eine wichtige Funktionärskonferenz sämtlicher U.G.P.D.-Arbeiter- und Angestelltenfunktionäre sowie Betriebsräte statt.

Tagesordnung: Die bevorstehende Stadtwahlordnungswahl, unsere Forderungen. Referent: Genosse Deitmer, Vorsitzender des Zentralbetriebsrates. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren. Bezirksverband Berlin-Brandenburg. J. A.: L. Holz.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Brutaler und offener wie je magte sich die Reaktion bei dem Mord und der Leichenschändung Erzbergers hervor. Einmütig wüßten alle Schaffenden des Volkes, soweit ihnen die Freiheit des Wortes und der Person am Herzen liegt, gegen die menscheinde Reaktion zu protestieren.

Wir verständigen uns mit dem U. G. P. D., daß er gemeinsam mit dem U. G. B. und den Christlichen, Sozialdemokratischen und Beamtenorganisationen alle menscheinde und feindschaftlichen Denkmäler an allen Orten, zu einer gemeinsamen Aktion aufruft.

Dies geschieht!

Darum bitten wir, von allen voreiligen Schritten abzusehen, um die einseitige Rundgebung nicht zu fördern.

U. G. B. und, Ortsleiter Groß-Berlin, Schifora.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. C. Bollmerhaus.

Dieser Aufruf bezieht sich nicht auf die heutige Demonstration in Potsdam, sondern auf eine zukünftige gemeinsame Aktion in Berlin.

Betriebsräteschule

Betriebsräte! In drei Wochen beginnen die Kurse der Betriebsräteschule. Ein großer Teil der Hörerlartern, die zum Preise von 6 M. bei den Ortsverwaltungen erhältlich sind, sind bereits abgeholt worden. Wir möchten nun erneut darauf hinweisen, daß nicht allein die arbeitsrechtlichen Kurse für die Ausbildung der Arbeiterkassen von Wichtigkeit sind, sondern daß von mindestens ebenso großer Bedeutung diejenigen Kurse sind, die sich mit den Gebieten der Privat- und Volkswirtschaftslehre, der Sozial- und Gewerbelehre beschäftigen. Diese Gebiete werden von selten der Arbeiterkassen noch viel zu wenig beachtet. Und doch ist es nur durch ihre Kenntnis möglich, Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft zu gewinnen. In diesem Sinne müßten die Betriebsräte in den Betrieben auf die Kollegen einwirken und sie auf die Bedeutung der proletarischen Bildungsarbeit hinweisen. Kollegen, die wenig oder gar keine Vorbildung besitzen, werden ihre Schulung am besten mit einem der als Einführungskurse bezeichneten Lehrgänge beginnen.

Hingegen sind für Hörer, die bereits eine bestimmte Vorbildung besitzen, Seminare über die Gebiete „Arbeitsrecht“, „Privatwirtschaftslehre“ und „Volkswirtschaftslehre“ errichtet worden. Für diese werden die Anmeldungen lediglich im Bureau der Frei-

gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 14-15, 2. Hof eine Treppe, entgegengenommen.

Allen Kollegen und Kolleginnen, die sich in der Wahl der für sie geeigneten Kurse nicht schlüssig sind und ihre Bildungsarbeit systematisch betreiben wollen, empfehlen wir, die Lehrberatungskommission der Betriebsrätezentrale aufzusuchen. Diese finden, außer in den Bureaustunden, Montags und Freitags von 4-6 Uhr nachmittags, statt.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Abteilung Räteschule.

Verhöhung des Betriebsrätegesetzes

Herr Walter Klies, Direktor des Hotels Continental am Bahnhof Friedrichstraße, erweist sich als besonders tüchtig in der Verhöhung der Gehälter. Während der Urlaubzeit entließ er Teile des Personals, ohne die Zustimmung des Betriebsrates herbeizuführen. Da ihm indes die Erfüllung eines Betriebsrätegesetzes nicht ganz unbekannt ist, fügte er dem Abkündigungsbrief eine Quittung über die Summe bei, die von einem Schlichtungsausschuß im Falle der Klage als Entschädigung für ungerechtfertigte Abkündigung festgesetzt werden könnte.

Eine schlimmere Verhöhung des Betriebsrätegesetzes ist nicht gut denkbar. Herr Klies macht damit nicht nur den Versuch, charakteristischen Angestellten ihre Rechte durch Geld abzukaufen, sondern er begehrt damit zugleich einen Verstoß gegen das Gesetz durch Ankerhaltung der Befugnisse des Betriebsrates, der nach dem Gesetz mit Strafe verfolgt werden kann. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Herr Klies Schule macht, und deswegen mögen wir die Betriebsräte auch auf diese besonders raffinierte Art, das Betriebsrätegesetz zu umgehen, aufmerksam. Sie haben rechtzeitig durch entsprechende Belehrung der Belegschaften dafür zu sorgen, daß die ihrer Rechte noch unkundigen Arbeiter und Angestellten sich diese Rechte nicht durch Bestechungsversuche abhüten lassen.

Die Tarifverhandlungen des Tarifvereins der städtischen Arbeiter und Angestellten mit dem Magistrat haben am Sonnabend begonnen. Ein Endergebnis wurde nicht erzielt. — Die Magistratsvertreter machten ein Angebot von 50 Pf. für Arbeiter, von 40 Pf. für Arbeiterinnen und Jugendliche. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten lehnten dieses Angebot ab. Die Verhandlungen werden am Dienstag, den 30. d. M., fortgesetzt.

Schutz zum Schutze von Arbeitswilligen! Bei den Firmen Kurt Löbel und Tischlerei für Raumluft, Frankfurt a. M., Allee 74, stehen seit drei Wochen sämtliche Holzarbeiter im Streik. Die dort beschäftigten Werkmeister: Tischler Herbold, Neufuß, Reut Donaustraße 50, Bildhauer Otto Fenzler, Neufuß, Selchowsstraße 12, Woller Max Köppler, Kochhausstraße 7, und der Arbeiter Karl Kuhn, Frankfurt a. M. Allee 70, bringen es fertig, ihren früheren Kollegen dadurch in den Rücken zu fallen, indem sie, mit Hilfe des Kontorpersonals, die dringenden Aufträge fertigstellen und liefern. Als die streikenden Kollegen die Herren auf ihr schändliches Verhalten aufmerksam machten und sie auf derartige Solidarität zu üben, wurde von irgendwem im Betriebe Schutz herbeigerufen, die auch sofort erschien, um diese nützlichen Elemente des Kapitals zu schützen und ihnen den Zutritt zum Betriebe zu ermöglichen.

Lohnbewegung in der Binnenwirtschaft. Auch in der deutschen Binnenwirtschaft macht sich eine Lohnbewegung bemerkbar. Das Lohnabkommen ist vom Deutschen Transportarbeiter-Verband und vom Verband der Heizer und Maschinenisten zum 30. September geschlossen worden. Die Transportarbeiter haben kürzlich beschlossen, für die ostdeutsche Schifffahrt einen Wochenlohn von 287,50 M. und außerdem eine Nachzahlung von 20 M. pro Woche für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 1. April 1921 zu fordern.

Rekognition, gefahrt von der Belegschaft der Firma K. Stod und Co., Marienfelde: Die am 25. August tagende Betriebsversammlung der Firma K. Stod u. Co., Marienfelde, lehnt ganz entschieden das elende Angebot der längst überholten sowie unzureichenden Lohnausbesserung ab und stellt sich auf den Standpunkt, daß der U. G. B. sofort Maßnahmen ergreifen muß, um im Sinne der 10 Punkte alle im Reich befindlichen Arbeiter sowie Beamtenkategorien so schnell als möglich zu einer einheitlichen und geschlossenen Kampffront zusammenzuführen. Auf diese Weise kann das wirtschaftliche Elend der gesamten notleidenden Bevölkerung aus der Welt geschafft werden und zugleich dem rigorosen sowie prozessierenden Treiben der Scharfmacher und Schlemmer ein jähes Ende bereitet werden. Die Belegschaft.

Gewerkschaftsversammlungen

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin. Heizer, Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiter, Jugendliche und Raumluftarbeiter aus den Betriebsabteilungen und Hilfsbetrieben. Dienstag, den 28. August, abends 7 Uhr, Zentralgebäude, Allee 14-15 (an der Oranienstraße), große Versammlung.

Berliner Bau- und Arbeiterkassen. Montag, den 29. August, abends 7 Uhr, im Lokal Fenzler, Bildhauerstr. 15, Bezirksverwaltungs-Gebäude.

Postbetriebsarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Expressposten und Telegrafendienstleistungen. Montag, den 29. August, abends 7 Uhr, im Dresdener Kaffee, Dresdenstr. 96, Brandenburger-Kolonnen.

Kaufmännischer, Eisenbahnarbeiter usw. Dienstag, den 30. August, abends 7 Uhr, bei Weller, Weberstr. 17, Volksversammlung. Tagesordnung: Der Kampf des Tarifvertrages. Mitgliedsbeitrag legitimieren.

Mitteltransportarbeiter und Arbeiterkassen. Mittwoch, den 31. August, abends 7 Uhr, Volksversammlung, Reichenstraße, Panzberger Str. 31.

Gardinenhaus J. Zimet

Röpenicker Straße 102, unweit Jannowibridge.

Steis vorzüglichste Angebote in

Gardinen, Bettdecken, Teppichen und Diwanddecken

WIKKO
Geheilte
Omigebote

Damen-Leinenschuhe
braun, mit Spange, a. kräftiger
Ledersohle. Extra billig 38⁰⁰

Damen-Leinenschuhe
weiß, a. Schürze od. m. Spange,
m. w. überzog. Abs. Sehr preisw. 72⁰⁰

Damen-Spangenschuhe
in Hochkalf u. anderer Leder-
arten, mit Dreiviertelabsatz.
Aussergewöhnlich billig 88⁰⁰

Damen-Halbschuhe
Hochkalf u. and. Lederarten,
mit Spange, zum Teil zum
Schleppen. Extra billig 98⁰⁰

Damen-Halbschuhe
braun u. schwarz, a. Schürze,
od. m. Spange, a. T. echt Chev.
Aussergewöhnlich preiswert 128⁰⁰

Damen-Halbschuhe
echt braun Chevreaux, Oxford,
mod. Lauchon- u. Stangenschuh-
schuhe, Goodyear- Welt-Ausfüh.
135⁰⁰

Damen-Halbschuhe
R. Chev., zum Schleppen od.
mit Spange, moderne Form,
gut. Fabrikat. Extra billig 135⁰⁰

Damen-Schnürstiefel
echt Hochkalf, Rindbox, mit u.
ohne Lackkappe. Extra billig 135⁰⁰

Damen-Halbschuhe
R. Chev., a. Schürze od. mit
Spange, kurze moderne Form,
Qualität. Aussergew. billig 148⁰⁰

Damen-Halbschuhe
braun Kalbleder-Pumpe, ver-
stärkt. Qualität, rahmengest. mit
hochamerikanisch. Absatz 175⁰⁰

Damen-Halbschuhe
braun, echt Chevreaux u. Hoch-
kalf, Schnürstr., pr. Qualität,
best. Fabrikat, Goodyear Welt-
Ausführung 175⁰⁰

Damen-Lackschuhe
zum Schleppen oder mit
Spange, moderne kurze For-
men, mit elegantem Absatz 195⁰⁰

Damen-Halbschuhe
braun und schwarz, echt
Chevreaux und Hochkalf, zum
Schleppen, echt rahmengest. 195⁰⁰

Damen-Schnürstiefel
in Hochkalf, kurze moderne
Form, Derbyschnitt, Original-
Goodyear- Welt-Ausführung 195⁰⁰

Knaben-Schnürstiefel
Rind u. R. Chev., br. Form,
eleganter Rindengestaltung 148⁰⁰

Herrn-Schnürstiefel
R. Chevreaux, mit Lackkappe,
Beute und Derbyschnitt, in
Qualität. Aussergew. billig 175⁰⁰

Herrn-Schnürstiefel
schwarz, a. T. br. Rind, Beute
od. Derbyschnitt. Extra billig 195⁰⁰

Herrn-Halbschuhe
schwarz u. braun, echt Chev.
u. Rindbox, moderne Formen,
Goodyear-Welt-Ausführung 195⁰⁰

Herrn-Schnürstiefel
braun Hochkalf und Rindbox,
mod. Form, Derbyschnitt,
prima Qualität. Extra billig 245⁰⁰

Herrn-Schnürstiefel
in Hochkalf, eleganteste
Form, erstklassiges Fabrikat,
Besonders preiswert 245⁰⁰

Herrn-Halbschuhe
braun Hochkalf, Derbyschnitt,
neue Spitzen, Original-Form,
echt rahmengest. Extra billig 275⁰⁰

Kinder-Spangenschuhe
großes Segelstich, mit Lederkappe u. stark. Leder-
sohle und Fleckabsatz. 31-35 18.50, 35-40 16⁵⁰

Kinder-Landstiefel schwarz und braun
verstärkt, in Qualität, stark. Leder-
sohle. Gr. 31-35 d. 2. 40, Gr. 37-40 82.00, Gr. 39-43 44⁰⁰

Kinder-Halbschuhe weißes Leinen,
zum Schleppen u. mit Spange, Herrschafts-
billig. 31-35 65.00, 37-40 68.00, 41-45 48⁵⁰

Kinder-Spangenschuhe Rindbox
u. Chromoxid. Preisw. Gr. 31-35 75.00, Gr. 37-40 68⁰⁰

Stillner

10. Internationaler Genossenschafts-Kongress

In den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung des vom 22. bis 25. August in Basel tagenden 10. Internationalen Genossenschaftskongresses liegen gedruckte Referate der einzelnen Berichterstatter vor. Auf einen mündlichen Vortrag dieser Berichte wird wegen der zeitraubenden Uebersetzungen verzichtet. Der Kongress beschäftigt sich in seinen mündlichen Verhandlungen mit der Diskussion dieser Berichte.

In dem Berichte über die Tätigkeit des Internationalen Genossenschaftsbundes von 1913 bis 1921 wird insbesondere auf die Entwicklung bei Kriegsausbruch, auf die Wiederaufnahme der genossenschaftlichen Beziehungen nach dem Kriege sowie auf die Verhandlungen über den internationalen Gütertausch durch die Genossenschaften verwiesen. Es ist eine Streitfrage, ob und wer als Vertreter der russischen Genossenschaften zugelassen werden kann. Der Leitende Ausschuss des Internationalen Genossenschaftsbundes ist der Meinung, daß als Zentralvorstandsmitglied für den Bund oder als Kongreßdelegierter für Basel nur anerkannt werden kann, wer von dem Vorstand des „Centrososjus“ in Moskau entsprechend den Satzungen des Internationalen Genossenschaftsbundes bestimmt ist.

Nach dem vorliegenden Satzungsentwurf bezieht der Internationale Genossenschaftsbund, „in voller Selbständigkeit und mit eigener Mittel, das bestehende Regime der auf dem Konsumkampf begründeten Privatwirtschaft durch eine genossenschaftliche, die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmende, auf gegenseitigkeit und Selbsthilfe beruhende Organisation zu ersetzen.“ Die Worte „in voller Selbständigkeit und kraft eigener Mittel“ sollen zeigen, daß man ohne Anlehnung an bestimmte politische Parteien und ohne irgendwelche Staatshilfe in Anspruch nehmen, selbständig die antikapitalistischen Ziele verfolgen will. Es ist anzunehmen, daß diese farblose Ausdrucksweise angefochten werden wird.

Professor Charles Gide berichtet über „Die Prinzipien des internationalen Rechtes im Sinne des Genossenschaftswesens“. Er legt dem Kongress eine Entschlüsselung vor, in der es heißt: „Der Kongress empfiehlt, in den Genossenschaftsschulen und auch in der Genossenschaftspropaganda mehr auf alle Tatsachen hinzuweisen, die die durch den Krieg anwachsenden Schäden und die Sorgen des Friedens befeuchten. Sollte die Arbeit der Mensch einen neuen Krieg entfesseln, dann hofft der Kongress, daß die Genossenschaftler in allen Ländern, ohne sich bei ansteigenden Erregungen über die Frage, von welcher Seite aus der Angriff erfolgt ist und wer sich verteidigen muß und ohne Furcht vor nationalen Vorurteilen und vor der amtlichen Zensur sich in einem mutigen Protest zusammenfinden und in dieser Haltung während der ganzen Kriegsdauer nicht nachlassen.“

Albert Thomas (Frankreich) und Anders Dorne (Schweden). Dorne verlangt in seinen Ausführungen, daß die Genossenschaftenergiegisch Abstand nehmen sollen von allen Formen öffentlicher Unterstützung ihrer Tätigkeit. — Albert Thomas legt folgende Entschlüsselung vor:

Der 10. Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes hat sich, daß die Handelspolitik bis zum heutigen Tage eine Handelspolitik gewesen ist, sei es, daß dieser Krieg sich in die Form eines Defensivkrieges hüllt, wenn die Länder unter Annahme des Selbstschutzes sich demühen, sich gegen das, was sie feindliches Einwirken nennen, zu verteidigen, d. h. gegen die Einfuhr, indem sie Handelskämpfe in Form von Zollrechten erwidern, sei es im Gegenzug der Offensivkrieg, zu dem manchmal der freie Austausch führt, wenn Länder, stark genug, um die Einfuhr nicht zu fürchten, sich bemühen in andere Länder der Welt einzudringen, sei es endlich das lässige und geschickte imperialistische System derjenigen, die durch Anwendung des Dumping- und Trustsystems zugleich den Inlandmarkt des Auslandes verschließen und den Auslandsmarkt zu erobern suchen.

Genossenschaft widerspricht dem Wettbewerb und dem Krieg seinen Formen. Erkennt an, daß in vielen Ländern das System des freien Austausches den Verbrauchern geholfen hat, indem es nach Billigkeit und nach der Herabsetzung der Lebenskosten strebt, aber ihre Politik kann weder das nationale Schulsystem noch das internationale Wettbewerbsystem sein. Die Genossenschaft verkündigt, daß ihre Ziel die Vereinerung unter allen Völkern ist.

Sie fordert weder die Abschaffung der Zollrechte noch der Handelsverträge. Sie weiß, daß dieselben praktischen Verwirklichungen, um die es sich bei den einen oder anderen handelt, ganz verschieden werden, je nach dem Geist, der sie erfüllt. Sie tritt daher ein, daß die Handelsverträge vermehrt werden sollen, aber sie wünscht, daß man aus ihnen den Händlergeist, der für sie immer ein Hindernis war, verbannt, und sie wünscht, daß diese Verträge für möglichst lange Dauer neu abgeschlossen werden, um der Internationalen Sicherheit und Entwicklung zu sichern.

Der 10. Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes hat sich den bereits beim Völkerbund gemachten Vorschlägen an, um zu erreichen, daß die Bedingungen einer gerechten Verteilung der Rohstoffe und der Lebensmittel festgestellt und geregelt werden und daß eine Kontrolle über die internationalen Monopole und Zölle eingeführt wird.

Der Kongress spricht den Wunsch aus, daß der Wirtschafts- und Gütertausch des Völkerbundes sobald als möglich ein internationales statistisches Amt einrichtet, das damit beauftragt wird, alle zweideutigen Erfindungen über Erzeugung, Vorräte und Verbrauch der verschiedenen Länder zu sammeln und veröffentlicht zu lassen.

Über die Gründung einer Internationalen Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine berichtet Heinrich Kaufmann (Deutschland). Er macht folgende Vorschläge: Der Internationale Genossenschaftstag vom 22. bis 25. August 1921 in Basel beschließt, den genossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaften, die direkt oder indirekt Mitglieder des Internationalen Genossenschaftsbundes sind, zu empfehlen, einen besonderen Internationalen Verband der Großeinkaufsgesellschaften als nominelle Kapitalgesellschaft, registriert in England, zu errichten, der zu dem Internationalen Genossenschaftsbund in organisatorischer Beziehung zu bringen ist.

Die Organe des Internationalen Verbandes der Großeinkaufsgesellschaften würden der Ausschuss und die Mitgliederversammlung sein. Mit der Führung der Geschäfte würde ein Sekretär zu betrauen sein. Die Sitzung des Ausschusses des Internationalen Verbandes der Großeinkaufsgesellschaften würden nach Ort und Zeit mit den Sitzungen des Leitenden Ausschusses des Internationalen Genossenschaftsbundes, und die Mitgliederversammlung des Internationalen Verbandes der Großeinkaufsgesellschaften ebenfalls nach Ort und Zeit mit den Sitzungen des Zentralvorstandes des Internationalen Genossenschaftsbundes zusammenfallen. Zwischen den Präsidenten und den Sekretären des Internationalen Genossenschaftsbundes und des Internationalen Verbandes der Großeinkaufsgesellschaften würde eine Verhandlung über Zeit und Ort der Sitzung stattfinden haben. Es ist eine gemischte Kommission, bestehend aus drei Mitgliedern des Zentralvorstandes des Internationalen Genossenschaftsbundes und drei Mitgliedern des Ausschusses des Internationalen Ver-

bandes der Großeinkaufsgesellschaften sowie aus den beiderseitigen Präsidenten und Sekretären einzusetzen, die die Herstellung organisatorischer Beziehungen zwischen beiden Verbänden zu prüfen und etwa notwendig werdende Satzungsänderungen in beiden Verbänden vorzuschlagen sowie die Beitragsleistung des Internationalen Verbandes der Großeinkaufsgesellschaften an den Internationalen Genossenschaftsbund festzusetzen hat.“

Seton (Belgien) erörtert die „Beziehungen zwischen der Genossenschaftsbewegung und den Gewerkschaften“. Er weist auf den unterschiedlichen Charakter zwischen den privatkapitalistischen Betrieben und den Genossenschaften hin, dem von den Gewerkschaften Rechnung getragen werden müsse. Die Genossenschaften werden sich bemühen, ihren Angehörigen und Arbeitern die günstigsten Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

In der Sitzung am 22. August kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen darüber, ob die russischen Genossenschaften noch ferner als Mitglieder des Internationalen Genossenschaftsbundes anerkannt werden sollen. Die Engländer und Tschechoslowaken sind dafür, die Mehrheit der Deutschen, Franzosen und Deutschösterreicher verlangen dagegen erst den Nachweis, daß die russischen Genossenschaften freie demokratische Einrichtungen und keine Zwangsgenossenschaften sind. Der Kongress entscheidet sich mit etwa 700 gegen 400 Stimmen für die sofortige Anerkennung der Russen. Die Zahl der Kongreßteilnehmer beträgt etwa 400; manche Teilnehmer haben ein Rechtstimmrecht.

Berliner Bühnen-Spielplan

Vom 28. August bis 4. September

- Alte Oper: 1. Die verlassene Schiffe, 2. Die Königin der Nacht, 3. Die Schöne Helena, 4. Die Trübsal, 5. Der Waise, 6. Die Trübsal, 7. Die Trübsal, 8. Die Trübsal, 9. Die Trübsal, 10. Die Trübsal, 11. Die Trübsal, 12. Die Trübsal, 13. Die Trübsal, 14. Die Trübsal, 15. Die Trübsal, 16. Die Trübsal, 17. Die Trübsal, 18. Die Trübsal, 19. Die Trübsal, 20. Die Trübsal, 21. Die Trübsal, 22. Die Trübsal, 23. Die Trübsal, 24. Die Trübsal, 25. Die Trübsal, 26. Die Trübsal, 27. Die Trübsal, 28. Die Trübsal, 29. Die Trübsal, 30. Die Trübsal, 31. Die Trübsal, 32. Die Trübsal, 33. Die Trübsal, 34. Die Trübsal, 35. Die Trübsal, 36. Die Trübsal, 37. Die Trübsal, 38. Die Trübsal, 39. Die Trübsal, 40. Die Trübsal, 41. Die Trübsal, 42. Die Trübsal, 43. Die Trübsal, 44. Die Trübsal, 45. Die Trübsal, 46. Die Trübsal, 47. Die Trübsal, 48. Die Trübsal, 49. Die Trübsal, 50. Die Trübsal, 51. Die Trübsal, 52. Die Trübsal, 53. Die Trübsal, 54. Die Trübsal, 55. Die Trübsal, 56. Die Trübsal, 57. Die Trübsal, 58. Die Trübsal, 59. Die Trübsal, 60. Die Trübsal, 61. Die Trübsal, 62. Die Trübsal, 63. Die Trübsal, 64. Die Trübsal, 65. Die Trübsal, 66. Die Trübsal, 67. Die Trübsal, 68. Die Trübsal, 69. Die Trübsal, 70. Die Trübsal, 71. Die Trübsal, 72. Die Trübsal, 73. Die Trübsal, 74. Die Trübsal, 75. Die Trübsal, 76. Die Trübsal, 77. Die Trübsal, 78. Die Trübsal, 79. Die Trübsal, 80. Die Trübsal, 81. Die Trübsal, 82. Die Trübsal, 83. Die Trübsal, 84. Die Trübsal, 85. Die Trübsal, 86. Die Trübsal, 87. Die Trübsal, 88. Die Trübsal, 89. Die Trübsal, 90. Die Trübsal, 91. Die Trübsal, 92. Die Trübsal, 93. Die Trübsal, 94. Die Trübsal, 95. Die Trübsal, 96. Die Trübsal, 97. Die Trübsal, 98. Die Trübsal, 99. Die Trübsal, 100. Die Trübsal, 101. Die Trübsal, 102. Die Trübsal, 103. Die Trübsal, 104. Die Trübsal, 105. Die Trübsal, 106. Die Trübsal, 107. Die Trübsal, 108. Die Trübsal, 109. Die Trübsal, 110. Die Trübsal, 111. Die Trübsal, 112. Die Trübsal, 113. Die Trübsal, 114. Die Trübsal, 115. Die Trübsal, 116. Die Trübsal, 117. Die Trübsal, 118. Die Trübsal, 119. Die Trübsal, 120. Die Trübsal, 121. Die Trübsal, 122. Die Trübsal, 123. Die Trübsal, 124. Die Trübsal, 125. Die Trübsal, 126. Die Trübsal, 127. Die Trübsal, 128. Die Trübsal, 129. Die Trübsal, 130. Die Trübsal, 131. Die Trübsal, 132. Die Trübsal, 133. Die Trübsal, 134. Die Trübsal, 135. Die Trübsal, 136. Die Trübsal, 137. Die Trübsal, 138. Die Trübsal, 139. Die Trübsal, 140. Die Trübsal, 141. Die Trübsal, 142. Die Trübsal, 143. Die Trübsal, 144. Die Trübsal, 145. Die Trübsal, 146. Die Trübsal, 147. Die Trübsal, 148. Die Trübsal, 149. Die Trübsal, 150. Die Trübsal, 151. Die Trübsal, 152. Die Trübsal, 153. Die Trübsal, 154. Die Trübsal, 155. Die Trübsal, 156. Die Trübsal, 157. Die Trübsal, 158. Die Trübsal, 159. Die Trübsal, 160. Die Trübsal, 161. Die Trübsal, 162. Die Trübsal, 163. Die Trübsal, 164. Die Trübsal, 165. Die Trübsal, 166. Die Trübsal, 167. Die Trübsal, 168. Die Trübsal, 169. Die Trübsal, 170. Die Trübsal, 171. Die Trübsal, 172. Die Trübsal, 173. Die Trübsal, 174. Die Trübsal, 175. Die Trübsal, 176. Die Trübsal, 177. Die Trübsal, 178. Die Trübsal, 179. Die Trübsal, 180. Die Trübsal, 181. Die Trübsal, 182. Die Trübsal, 183. Die Trübsal, 184. Die Trübsal, 185. Die Trübsal, 186. Die Trübsal, 187. Die Trübsal, 188. Die Trübsal, 189. Die Trübsal, 190. Die Trübsal, 191. Die Trübsal, 192. Die Trübsal, 193. Die Trübsal, 194. Die Trübsal, 195. Die Trübsal, 196. Die Trübsal, 197. Die Trübsal, 198. Die Trübsal, 199. Die Trübsal, 200. Die Trübsal, 201. Die Trübsal, 202. Die Trübsal, 203. Die Trübsal, 204. Die Trübsal, 205. Die Trübsal, 206. Die Trübsal, 207. Die Trübsal, 208. Die Trübsal, 209. Die Trübsal, 210. Die Trübsal, 211. Die Trübsal, 212. Die Trübsal, 213. Die Trübsal, 214. Die Trübsal, 215. Die Trübsal, 216. Die Trübsal, 217. Die Trübsal, 218. Die Trübsal, 219. Die Trübsal, 220. Die Trübsal, 221. Die Trübsal, 222. Die Trübsal, 223. Die Trübsal, 224. Die Trübsal, 225. Die Trübsal, 226. Die Trübsal, 227. Die Trübsal, 228. Die Trübsal, 229. Die Trübsal, 230. Die Trübsal, 231. Die Trübsal, 232. Die Trübsal, 233. Die Trübsal, 234. Die Trübsal, 235. Die Trübsal, 236. Die Trübsal, 237. Die Trübsal, 238. Die Trübsal, 239. Die Trübsal, 240. Die Trübsal, 241. Die Trübsal, 242. Die Trübsal, 243. Die Trübsal, 244. Die Trübsal, 245. Die Trübsal, 246. Die Trübsal, 247. Die Trübsal, 248. Die Trübsal, 249. Die Trübsal, 250. Die Trübsal, 251. Die Trübsal, 252. Die Trübsal, 253. Die Trübsal, 254. Die Trübsal, 255. Die Trübsal, 256. Die Trübsal, 257. Die Trübsal, 258. Die Trübsal, 259. Die Trübsal, 260. Die Trübsal, 261. Die Trübsal, 262. Die Trübsal, 263. Die Trübsal, 264. Die Trübsal, 265. Die Trübsal, 266. Die Trübsal, 267. Die Trübsal, 268. Die Trübsal, 269. Die Trübsal, 270. Die Trübsal, 271. Die Trübsal, 272. Die Trübsal, 273. Die Trübsal, 274. Die Trübsal, 275. Die Trübsal, 276. Die Trübsal, 277. Die Trübsal, 278. Die Trübsal, 279. Die Trübsal, 280. Die Trübsal, 281. Die Trübsal, 282. Die Trübsal, 283. Die Trübsal, 284. Die Trübsal, 285. Die Trübsal, 286. Die Trübsal, 287. Die Trübsal, 288. Die Trübsal, 289. Die Trübsal, 290. Die Trübsal, 291. Die Trübsal, 292. Die Trübsal, 293. Die Trübsal, 294. Die Trübsal, 295. Die Trübsal, 296. Die Trübsal, 297. Die Trübsal, 298. Die Trübsal, 299. Die Trübsal, 300. Die Trübsal, 301. Die Trübsal, 302. Die Trübsal, 303. Die Trübsal, 304. Die Trübsal, 305. Die Trübsal, 306. Die Trübsal, 307. Die Trübsal, 308. Die Trübsal, 309. Die Trübsal, 310. Die Trübsal, 311. Die Trübsal, 312. Die Trübsal, 313. Die Trübsal, 314. Die Trübsal, 315. Die Trübsal, 316. Die Trübsal, 317. Die Trübsal, 318. Die Trübsal, 319. Die Trübsal, 320. Die Trübsal, 321. Die Trübsal, 322. Die Trübsal, 323. Die Trübsal, 324. Die Trübsal, 325. Die Trübsal, 326. Die Trübsal, 327. Die Trübsal, 328. Die Trübsal, 329. Die Trübsal, 330. Die Trübsal, 331. Die Trübsal, 332. Die Trübsal, 333. Die Trübsal, 334. Die Trübsal, 335. Die Trübsal, 336. Die Trübsal, 337. Die Trübsal, 338. Die Trübsal, 339. Die Trübsal, 340. Die Trübsal, 341. Die Trübsal, 342. Die Trübsal, 343. Die Trübsal, 344. Die Trübsal, 345. Die Trübsal, 346. Die Trübsal, 347. Die Trübsal, 348. Die Trübsal, 349. Die Trübsal, 350. Die Trübsal, 351. Die Trübsal, 352. Die Trübsal, 353. Die Trübsal, 354. Die Trübsal, 355. Die Trübsal, 356. Die Trübsal, 357. Die Trübsal, 358. Die Trübsal, 359. Die Trübsal, 360. Die Trübsal, 361. Die Trübsal, 362. Die Trübsal, 363. Die Trübsal, 364. Die Trübsal, 365. Die Trübsal, 366. Die Trübsal, 367. Die Trübsal, 368. Die Trübsal, 369. Die Trübsal, 370. Die Trübsal, 371. Die Trübsal, 372. Die Trübsal, 373. Die Trübsal, 374. Die Trübsal, 375. Die Trübsal, 376. Die Trübsal, 377. Die Trübsal, 378. Die Trübsal, 379. Die Trübsal, 380. Die Trübsal, 381. Die Trübsal, 382. Die Trübsal, 383. Die Trübsal, 384. Die Trübsal, 385. Die Trübsal, 386. Die Trübsal, 387. Die Trübsal, 388. Die Trübsal, 389. Die Trübsal, 390. Die Trübsal, 391. Die Trübsal, 392. Die Trübsal, 393. Die Trübsal, 394. Die Trübsal, 395. Die Trübsal, 396. Die Trübsal, 397. Die Trübsal, 398. Die Trübsal, 399. Die Trübsal, 400. Die Trübsal, 401. Die Trübsal, 402. Die Trübsal, 403. Die Trübsal, 404. Die Trübsal, 405. Die Trübsal, 406. Die Trübsal, 407. Die Trübsal, 408. Die Trübsal, 409. Die Trübsal, 410. Die Trübsal, 411. Die Trübsal, 412. Die Trübsal, 413. Die Trübsal, 414. Die Trübsal, 415. Die Trübsal, 416. Die Trübsal, 417. Die Trübsal, 418. Die Trübsal, 419. Die Trübsal, 420. Die Trübsal, 421. Die Trübsal, 422. Die Trübsal, 423. Die Trübsal, 424. Die Trübsal, 425. Die Trübsal, 426. Die Trübsal, 427. Die Trübsal, 428. Die Trübsal, 429. Die Trübsal, 430. Die Trübsal, 431. Die Trübsal, 432. Die Trübsal, 433. Die Trübsal, 434. Die Trübsal, 435. Die Trübsal, 436. Die Trübsal, 437. Die Trübsal, 438. Die Trübsal, 439. Die Trübsal, 440. Die Trübsal, 441. Die Trübsal, 442. Die Trübsal, 443. Die Trübsal, 444. Die Trübsal, 445. Die Trübsal, 446. Die Trübsal, 447. Die Trübsal, 448. Die Trübsal, 449. Die Trübsal, 450. Die Trübsal, 451. Die Trübsal, 452. Die Trübsal, 453. Die Trübsal, 454. Die Trübsal, 455. Die Trübsal, 456. Die Trübsal, 457. Die Trübsal, 458. Die Trübsal, 459. Die Trübsal, 460. Die Trübsal, 461. Die Trübsal, 462. Die Trübsal, 463. Die Trübsal, 464. Die Trübsal, 465. Die Trübsal, 466. Die Trübsal, 467. Die Trübsal, 468. Die Trübsal, 469. Die Trübsal, 470. Die Trübsal, 471. Die Trübsal, 472. Die Trübsal, 473. Die Trübsal, 474. Die Trübsal, 475. Die Trübsal, 476. Die Trübsal, 477. Die Trübsal, 478. Die Trübsal, 479. Die Trübsal, 480. Die Trübsal, 481. Die Trübsal, 482. Die Trübsal, 483. Die Trübsal, 484. Die Trübsal, 485. Die Trübsal, 486. Die Trübsal, 487. Die Trübsal, 488. Die Trübsal, 489. Die Trübsal, 490. Die Trübsal, 491. Die Trübsal, 492. Die Trübsal, 493. Die Trübsal, 494. Die Trübsal, 495. Die Trübsal, 496. Die Trübsal, 497. Die Trübsal, 498. Die Trübsal, 499. Die Trübsal, 500. Die Trübsal, 501. Die Trübsal, 502. Die Trübsal, 503. Die Trübsal, 504. Die Trübsal, 505. Die Trübsal, 506. Die Trübsal, 507. Die Trübsal, 508. Die Trübsal, 509. Die Trübsal, 510. Die Trübsal, 511. Die Trübsal, 512. Die Trübsal, 513. Die Trübsal, 514. Die Trübsal, 515. Die Trübsal, 516. Die Trübsal, 517. Die Trübsal, 518. Die Trübsal, 519. Die Trübsal, 520. Die Trübsal, 521. Die Trübsal, 522. Die Trübsal, 523. Die Trübsal, 524. Die Trübsal, 525. Die Trübsal, 526. Die Trübsal, 527. Die Trübsal, 528. Die Trübsal, 529. Die Trübsal, 530. Die Trübsal, 531. Die Trübsal, 532. Die Trübsal, 533. Die Trübsal, 534. Die Trübsal, 535. Die Trübsal, 536. Die Trübsal, 537. Die Trübsal, 538. Die Trübsal, 539. Die Trübsal, 540. Die Trübsal, 541. Die Trübsal, 542. Die Trübsal, 543. Die Trübsal, 544. Die Trübsal, 545. Die Trübsal, 546. Die Trübsal, 547. Die Trübsal, 548. Die Trübsal, 549. Die Trübsal, 550. Die Trübsal, 551. Die Trübsal, 552. Die Trübsal, 553. Die Trübsal, 554. Die Trübsal, 555. Die Trübsal, 556. Die Trübsal, 557. Die Trübsal, 558. Die Trübsal, 559. Die Trübsal, 560. Die Trübsal, 561. Die Trübsal, 562. Die Trübsal, 563. Die Trübsal, 564. Die Trübsal, 565. Die Trübsal, 566. Die Trübsal, 567. Die Trübsal, 568. Die Trübsal, 569. Die Trübsal, 570. Die Trübsal, 571. Die Trübsal, 572. Die Trübsal, 573. Die Trübsal, 574. Die Trübsal, 575. Die Trübsal, 576. Die Trübsal, 577. Die Trübsal, 578. Die Trübsal, 579. Die Trübsal, 580. Die Trübsal, 581. Die Trübsal, 582. Die Trübsal, 583. Die Trübsal, 584. Die Trübsal, 585. Die Trübsal, 586. Die Trübsal, 587. Die Trübsal, 588. Die Trübsal, 589. Die Trübsal, 590. Die Trübsal, 591. Die Trübsal, 592. Die Trübsal, 593. Die Trübsal, 594. Die Trübsal, 595. Die Trübsal, 596. Die Trübsal, 597. Die Trübsal, 598. Die Trübsal, 599. Die Trübsal, 600. Die Trübsal, 601. Die Trübsal, 602. Die Trübsal, 603. Die Trübsal, 604. Die Trübsal, 605. Die Trübsal, 606. Die Trübsal, 607. Die Trübsal, 608. Die Trübsal, 609. Die Trübsal, 610. Die Trübsal, 611. Die Trübsal, 612. Die Trübsal, 613. Die Trübsal, 614. Die Trübsal, 615. Die Trübsal, 616. Die Trübsal, 617. Die Trübsal, 618. Die Trübsal, 619. Die Trübsal, 620. Die Trübsal, 621. Die Trübsal, 622. Die Trübsal, 623. Die Trübsal, 624. Die Trübsal, 625. Die Trübsal, 626. Die Trübsal, 627. Die Trübsal, 628. Die Trübsal, 629. Die Trübsal, 630. Die Trübsal, 631. Die Trübsal, 632. Die Trübsal, 633. Die Trübsal, 634. Die Trübsal, 635. Die Trübsal, 636. Die Trübsal, 637. Die Trübsal, 638. Die Trübsal, 639. Die Trübsal, 640. Die Trübsal, 641. Die Trübsal, 642. Die Trübsal, 643. Die Trübsal, 644. Die Trübsal, 645. Die Trübsal, 646. Die Trübsal, 647. Die Trübsal, 648. Die Trübsal, 649. Die Trübsal, 650. Die Trübsal, 651. Die Trübsal, 652. Die Trübsal, 653. Die Trübsal, 654. Die Trübsal, 655. Die Trübsal, 656. Die Trübsal, 657. Die Trübsal, 658. Die Trübsal, 659. Die Trübsal, 660. Die Trübsal, 661. Die Trübsal, 662. Die Trübsal, 663. Die Trübsal, 664. Die Trübsal, 665. Die Trübsal, 666. Die Trübsal, 667. Die Trübsal, 668. Die Trübsal, 669. Die Trübsal, 670. Die Trübsal, 671. Die Trübsal, 672. Die Trübsal, 673. Die Trübsal, 674. Die Trübsal, 675. Die Trübsal, 676. Die Trübsal, 677. Die Trübsal, 678. Die Trübsal, 679. Die Trübsal, 680. Die Trübsal, 681. Die Trübsal, 682. Die Trübsal, 683. Die Trübsal, 684. Die Trübsal, 685. Die Trübsal, 686. Die Trübsal, 687. Die Trübsal, 688. Die Trübsal, 689. Die Trübsal, 690. Die Trübsal, 691. Die Trübsal, 692. Die Trübsal, 693. Die Trübsal, 694. Die Trübsal, 695. Die Trübsal, 696. Die Trübsal, 697. Die Trübsal, 698. Die Trübsal, 699. Die Trübsal, 700. Die Trübsal, 701. Die Trübsal, 702. Die Trübsal, 703. Die Trübsal, 704. Die Trübsal, 705. Die Trübsal, 706. Die Trübsal, 707. Die Trübsal, 708. Die Trübsal, 709. Die Trübsal, 710. Die Trübsal, 711. Die Trübsal, 712. Die Trübsal, 713. Die Trübsal, 714. Die Trübsal, 715. Die Trübsal, 716. Die Trübsal, 717. Die Trübsal, 718. Die Trübsal, 719. Die Trübsal, 720. Die Trübsal, 721. Die Trübsal, 722. Die Trübsal, 723. Die Trübsal, 724. Die Trübsal, 725. Die Trübsal, 726. Die Trübsal, 727. Die Trübsal, 728. Die Trübsal, 729. Die Trübsal, 730. Die Trübsal, 731. Die Trübsal, 732. Die Trübsal, 733. Die Trübsal, 734. Die Trübsal, 735. Die Trübsal, 736. Die Trübsal, 737. Die Trübsal, 738. Die Trübsal, 739. Die Trübsal, 740. Die Trübsal, 741. Die Trübsal, 742. Die Trübsal, 743. Die Trübsal, 744. Die Trübsal, 745. Die Trübsal, 746. Die Trübsal, 747. Die Trübsal, 748. Die Trübsal, 749. Die Trübsal, 750. Die Trübsal, 751. Die Trübsal, 752. Die Trübsal, 753. Die Trübsal, 754. Die Trübsal, 755. Die Trübsal, 756. Die Trübsal, 757. Die Trübsal, 758. Die Trübsal, 759. Die Trübsal, 760. Die Trübsal, 761. Die Trübsal, 762. Die Trübsal, 763. Die Trübsal, 764. Die Trübsal, 765. Die Trübsal, 766. Die Trübsal, 767. Die Trübsal, 768. Die Trübsal, 769. Die Trübsal, 770. Die Trübsal, 771. Die Trübsal, 772. Die Trübsal, 773. Die Trübsal, 774. Die Trübsal, 775. Die Trübsal, 776. Die Trübsal, 777. Die Trübsal, 778. Die Trübsal, 779. Die Trübsal, 780. Die Trübsal, 781. Die Trübsal, 782. Die Trübsal, 783. Die Trübsal, 784. Die Trübsal, 785. Die Trübsal, 786. Die Trübsal, 787. Die Trübsal, 788. Die Trübsal, 789. Die Trübsal, 790. Die Trübsal, 791. Die Trübsal, 792. Die Trübsal, 793. Die Trübsal, 794. Die Trübsal, 795. Die Trübsal, 796. Die Trübsal, 797. Die Trübsal, 798. Die Trübsal, 799. Die Trübsal, 800. Die Trübsal, 801. Die Trübsal, 802. Die Trübsal, 803. Die Trübsal, 804. Die Trübsal, 805. Die Trübsal, 806. Die Trübsal, 807. Die Trübsal, 808. Die Trübsal, 809. Die Trübsal, 810. Die Trübsal, 811. Die Trübsal, 812. Die Trübsal, 813. Die Trübsal, 814. Die Trübsal, 815. Die Trübsal, 816. Die Trübsal, 817. Die Trübsal, 818. Die Trübsal, 819. Die Trübsal, 820. Die Trübsal, 821. Die Trübsal, 822. Die Trübsal, 823. Die Trübsal, 824. Die Trübsal, 825. Die Trübsal, 826. Die Trübsal, 827. Die Trübsal, 828. Die Trübsal, 829. Die Trübsal, 830. Die Trübsal, 831. Die Trübsal, 832. Die Trübsal, 833. Die Trübsal, 834. Die Trübsal, 835. Die Trübsal, 836. Die Trübsal, 837. Die Trübsal, 838. Die Trübsal, 839. Die Trübsal, 840. Die Trübsal, 841. Die Trübsal, 842. Die Trübsal, 843. Die Trübsal, 844. Die Trübsal, 845. Die Trübsal, 846. Die Trübsal, 847. Die Trübsal, 848. Die Trübsal, 849. Die Trübsal, 850. Die Trübsal, 851. Die Trübsal, 852. Die Trübsal, 853. Die Trübsal, 854. Die Trübsal, 855. Die Trübsal, 856. Die Trübsal, 857. Die Trübsal, 858. Die Trübsal, 859. Die Trübsal, 860. Die Trübsal, 861. Die Trübsal, 862. Die Trübsal, 863. Die Trübsal, 864. Die Trübsal, 865. Die Trübsal, 866. Die Trübsal, 867. Die Trübsal, 868. Die Trübsal, 869. Die Trübsal, 870. Die Trübsal, 871. Die Trübsal, 872. Die Trübsal, 873. Die Trübsal, 874. Die Trübsal, 875. Die Trübsal, 876. Die Trübsal, 877. Die Trübsal, 878. Die Trübsal, 879. Die Trübsal, 880. Die Trübsal, 881. Die Trübsal, 882. Die Trübsal, 883. Die Trübsal, 884. Die Trübsal, 885. Die Trübsal, 886. Die Trübsal, 887. Die Trübsal, 888. Die Trübsal, 889. Die Trübsal, 890. Die Trübsal, 891. Die Trübsal, 892. Die Trübsal, 893. Die Trübsal, 894. Die Trübsal, 895. Die Trübsal, 896. Die

